

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
**Leipzig**  
Seifner Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privatpersonen 40 Pfg. für die einseitige  
Reizzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 18.

Sonnabend, den 3. Mai 1913.

17. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.** — Mitgliederstand im 1. Quartal 1913. — Der Massenstreik erfolgreich. — Die Steinindustrie im Großherzogtum Baden. IV. — Die Münchner Tarifbewegung beendet. — Schnaps und Bier an Stelle verdienten Lohnes. — Korrespondenzen. — Mundschau. — Dichtung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Versammlungs-Kalender. — Briefkasten. — Anzeigen.  
**Beilage: Die Sechshundertigkeit der Steinarbeiter. II. — Wirtschaftliche Mundschau. — Die Gelden vor dem Forum der Wissenschaft. — Herr Baumgart als Praktikant. — Die Anwendung des 152 der Gewerbeordnung auf einen Arbeitgeberverband. — Die zentralen Verhandlungen im Baugewerbe. — Literarisches. — Illustration: Talsperren. — Die Ausstellung für Friedhofskunst.**

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Über alle, unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist  
wichtig zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende  
Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Bremen:** Firma Berger & Traupe (Grabsteingewerbe). — **Stettin:** Firma Jaghmann. — **Eibersfeld:** Hohmannswerke in Bohwinkel. — **München:** Firma Stieglmeier, am Museumsbau.

**Wien:** Bei der Basaltfirma Frz. Baug & Co. haben die Kollegen wegen wiederholter Maßregelung die Arbeit niedergelegt.

**Wittich bei Hof:** Das Hartsteinwerk Frank & Weidener hat einen Teil der Arbeiterschaft entlassen. Darauf stellten auch die übrigen Arbeiter die Arbeit ein.

**Wiesbaden (Oberlausitz):** Für zirka 400 Granitarbeiter konnte zum ersten Male ein umfangreicher Tarifvertrag abgeschlossen werden.

**Wiesbaden (Schlesien):** Die Tarifverhandlungen wurden für die Kollegen günstig beendet. Die hiesigen Granitarbeiter haben erstmalig somit einen schönen Erfolg zu verzeichnen.

**Wiesbaden (Schlesien):** Im Basaltwerk Reisko zu Herzbar wurden wegen Verbandszugehörigkeit 63 Kollegen entlassen. Die Firma, welche so rigoros vorgeht, liefert meist nur für die Eisenbahnbehörden. Die „Hirsch-Dunderschen“ Mitglieder schaffen ruhig weiter.

**Wiesbaden:** Der Streik der Granit- und Marmorarbeiter im Betrieb B. Bürger wurde wegen Ueberhandnahme von einheimischen Streikbrechern resultatlos abgebrochen. Der Betrieb bleibt gesperrt.

**Wiesbaden:** Der Betriebsführer des hiesigen Steinbruchs-betriebs der Mitteldeutschen Hartsteinindustrie A.G. hält nicht die Vereinbarung, die zur Beilegung des Streiks führte. Der Betrieb ist bis auf Widerruf für Pflastersteinarbeiter gesperrt.

**Wiesbaden (Schlesien):** Die im Vorjahre vertagte Lohnbewegung ist neu eingeleitet; die Kollegen haben den Unternehmern eine nochmalige Verhandlungsfreistellung gegeben. Sollte abermals eine Ablehnung erfolgen, so werden die Kollegen Maßnahmen zur Durchführung der Bewegung treffen.

**Wiesbaden (Mainsandsteingebiet):** Die abgebrochenen Verhandlungen über einen neuen Tarif sind noch nicht wieder aufgenommen.

**Wiesbaden (Odenwald):** Die Sandsteinmehlen und Brecher stehen seit dem 14. April im Streik. Es kommen 60 Kollegen in Frage.

**Wiesbaden (Meiningisches Schiefergrübel- und Wehsteingebiet):** Den Werken wurde eine nochmalige Frist zur Beantwortung auf die Lohnforderungen bis 1. Mai gegeben. Die Generaldirektion der Herzoglich-Meiningischen Schieferwerke hat bereits Stellung zu den erneut gestellten Forderungen genommen.

**Wiesbaden:** Der Streik der Sandsteinmehlen ist beendet, es konnte ein neuer, verbesserter Tarif abgeschlossen werden.

**Wiesbaden:** Die Marmorarbeiter schlossen einen dreijährigen Tarifvertrag ab, welcher während der Vertragsdauer eine Lohnerhöhung (in dreimaligen Abstufungen) von 7 Pfg. pro Stunde vorsieht.

**Wiesbaden (Meiningisches Geberschweier (Elz)):** Der Abschluss eines Tarifvertrages wurde strikte abgelehnt.

**Wiesbaden:** Zum ersten Male gelang es hier, einen Einheitsarif abzuschließen.

**Wiesbaden (Rheinland):** Die Unternehmer schlugen bei den Tarifverhandlungen eine Verschleppungstaktik ein. Die Situation ist eine recht gespannte.

**Wiesbaden:** Die Lohnbewegung ist beendet. Die Stundenlohnzulage beträgt innerhalb drei Jahren jedes Jahr 2 Pfg. Der Akkordlohn wird um 4 Prozent, der der Schiefer um 5 Prozent erhöht. Der Abschluss gilt für etwa 300 Kollegen.

**Wiesbaden:** Hier stehen die Kollegen bei der Firma Felgner in Tarifverhandlungen. Bis nach Ablauf der Unterhandlungen ist Zugang zu vermeiden.

**Wiesbaden (Harz):** Sämtliche Granitarbeiter der Zahlstelle sind in Lohnbewegung getreten. Wir ersuchen deshalb die Steinmehlen, Schleifer und Pflastersteinarbeiter, Arbeitsangebote nach den Orten Hasserode, Darlingerode, Drübeck und Ujenburg abzulehnen.

**Unterfränkisches Muschelkalksteingebiet.** Für rund 900 Steinmehlen wurde der Tarif für drei Jahre verlängert. Der Tarif, der am 1. Mai d. J. in Kraft trat, erfährt eine teilweise Flächenpreiserhöhung. Der technische Teil ist in vielen Positionen klarer ausgedrückt und sind auch hierbei einige Erhöhungen erzielt worden. Der Minimal-Stundenlohn erfährt ab 1. April 1914 eine Erhöhung von 5 Pfg. Ab 1. April 1915 tritt für Anfahrtsflächen eine weitere Erhöhung von 2 Prozent ein. Zu der Vorlage der Brecher und Hilfsarbeiter äußerten sich die Unternehmer bedauerlicherweise noch nicht. Die Kollegen halten an ihrer Forderung fest und ist zu erwarten, daß schnellstens Verhandlungen angefangen werden.

**Köln I.** Die Firma Dunkel hat nun den Tarifvertrag für Betonarbeiten unterzeichnet. Die Sperre über diese Firma ist damit aufgehoben. Da hier noch eine große Arbeitslosigkeit herrscht, werden die Kollegen vor Zugang nach Köln gewarnt.

**Demitz-Thumitz (Lausitz).** Im Granitschleifereibetrieb Forke stehen die Kollegen in Lohnbewegung. Zugang ist fernzuhalten.

**Pirna.** Bei der Firma Schredenbach & Schulze, G. m. b. H., Buch Nr. 44 in Posta-Wehlen, stellten sämtliche Kollegen der Steingewinnung und -bearbeitung die Arbeit ein. Genannte Firma will den neu abgeschlossenen Vertrag für die Steingewinnung nicht anerkennen.

**Neusalz (Lausitz).** Wegen ungerechter Behandlung durch den Hartsteinwerksbesitzer Wittig haben die Kollegen die Arbeit eingestellt. Unsere Verbandsmitglieder konnten jedoch anderweitig untergebracht werden.

**Biegenitz.** Die Granitfirma M. Schnabel ist gesperrt. Nach Einreichung des Tarifs wurde vier Kollegen gekündigt.

## Mitgliederstand im 1. Quartal 1913.

Im 1. Quartal haben wir erfreulicherweise den Mitgliederstand, welcher im 4. Quartal 1912 eintrat, mehr wie ausgeglichen. Im November und Dezember trat in der Sandsteinbranche große Arbeitslosigkeit ein und dies verursachte einen Mitgliederverlust. Das 1. Quartal hat sich nun sehr gut angelassen. Besonders fällt bei der Berichterstattung auf, daß die Ortsverwaltungen die agitatorische Kleinarbeit selbst rührig betreiben haben.

Der Mitgliederstand stellt sich nun folgendermaßen:

	3. Quartal 1912	4. Quartal 1912	1. Quartal 1913
1. Gau	1498	1500	1533
2. "	3057	3007	3061
3. "	6129	5894	6221
4. "	2369	2275	2440
5. "	586	520	570
6. "	3448	3276	3482
7. "	1935	1745	1717
8. "	2048	1878	2041
9. "	1841	1712	1954
10. "	3154	3129	3210
11. "	3164	3158	3243
Eingelzähler	295	181	200
Zusammen	30030	28875	30272

Es muß mit frischer Kraft eingeseht werden, um die Mitgliederzahlen im 2. Quartal gewaltig steigern zu können. Einige Zahlstellen sind vorhanden, in denen die Mitgliederzahl immer stabil bleibt, trotzdem noch viele indifferente Kollegen vorhanden sind. Es müssen dort die Ortsverwaltungen mehr Initiative an den Tag legen. Kollegen! Erlahmt nicht mit der Agitationsarbeit!

## Der Massenstreik erfolgreich.

Der belgische Wahlrechtsstreik hat einen Erfolg erzielt! Man mag den Beschluß der Kammer, der einer Verfassungsrevision die Bahn eröffnet, hoch oder niedrig bewerten, sicher ist, daß dieser Beschluß ein Fortschritt ist, sicher ist, daß dieser Beschluß gefaßt wurde unter dem Druck des politischen Massenstreiks. Ein Erfolg ist erreicht, und eine Tatsache ist geschaffen, die von gewaltiger Bedeutung ist für die belgische Geschichte — vielleicht nicht nur für die belgische!

Die Klerikalen, die ihren Rückzug nicht eingestehen wollen, jagen, der Beschluß biete nichts wesentlich neues. Die Vertreter der kämpfenden Organisationen erblicken in ihm ein Zugeständnis von großer grundsätzlicher Bedeutung. Wer recht hat, vermag nur die Zukunft zu entscheiden. Der Kammerbeschluß, die Revisionskommission, die Kammerwahlen werden das sein, was das Volk aus ihnen machen wird. Das arbeitende Volk aber geht mit gesteigertem Machtbewußtsein aus dem heldenhaften und glücklichen Kampfe hervor, und die juchende Masse des Massenstreiks wird rein und ohne Scharten aus ihm zurückgebracht: sie hat sich bewährt und bleibt auch für die Zukunft verwendbar. Die belgischen Machthaber sehen sich einem Volke gegenüber, das bereit ist, für seine Freiheit alles zu wagen, sie wissen das und müssen damit rechnen,

Der Massenstreik hat ihnen den Beschluß vom 22. April abgetrotzt, er wird ihnen ein andermal, wenn es sein muß, noch mehr abtrotzen.

Mit anarchistischen Generalstreikphantasien hat der belgische Wahlrechtsstreik nichts zu tun. Die ihn unternahm, stehen sich nicht durch die Hoffnung blenden, daß es möglich sei, durch den allgemeinen Ausstand die feindliche Staats- und Gesellschaftsordnung mit einem Schläge zu beseitigen. Sie wußten, daß die Beseitigung dieser Ordnung ein ungeheuer schwieriges Werk ist, das nur in einer Reihe von Machtkämpfen schrittweise zum erwünschten Erfolge führen kann, und sie hatten sich für diesen gegenwärtigen Machtkampf darum ein begrenztes Ziel gesetzt: die Eroberung der Demokratie, die politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger. Auch dieses begrenzte Ziel ist durch den Massenstreik nur näher in Reichweite gerückt, noch nicht vollständig erreicht worden.

Es ist der Ruhm des belgischen Volkes, es ist ein glänzender Beweis für die Höhe seiner politischen Einsicht, daß ein so gewaltiger Generalstreik unter den gegebenen Umständen zur Tatsache werden konnte. Man kann vielleicht unorganisierte und unausgeklärte Massen in ein derartiges Wagnis hineintreiben, wenn sie von der Hoffnung erfüllt sind, mit diesem einmaligen Opfer alles gewinnen zu können. Die Enttäuschung wird nachher um so größer sein. Nur ein politisch hochstehendes Proletariat aber wird sich den Opfern und den Gefahren eines so ungeheuren Unternehmens in dem Bewußtsein unterwerfen, daß damit im besten Fall nur ein teilweiser Erfolg ihrer Bestrebungen erzielt werden wird, aber daß dieser Teilerfolg trotzdem wichtig genug ist, um für ihn alles in die Waagschale zu werfen.

Was in Belgien zur Tat geworden ist, ist also nicht die Ueberflutung der Gewerkschaften mit unklaren politischen Ideen, sondern im Gegenteil die Uebertragung höchster gewerkschaftlicher Methoden auf den politischen Machtkampf. Wie der gewerkschaftliche Kampf, so hatte sich auch dieser politische Streik Ziele in der Sphäre des Erreichbaren gesteckt und Teilerfolge mit in Kampf genommen. Die vollständige Unterwerfung des Gegners, der endgültige Sieg der arbeitenden Massen ist und bleibt das große Sehnsuchtsziel, dem wir alle mit Eifer und Leidenschaft zustreben. In den Kämpfen des Tages darf aber der schrittweise Erfolg, der ehrenhafte Frieden nach mutig geführtem Streik nicht für nichts erachtet werden. Kraftproben wird, wo sie notwendig sind, nicht aus dem Wege gegangen, aber sie werden so geführt, daß die Kraft der Arbeiter am Ende nicht vermindert, sondern vermehrt dasteht, so daß sie allezeit wieder aufgenommen werden können, wenn es gilt. Das ist die Taktik, die von den großen Gewerkschaftsverbänden aller Länder mit wachsendem Erfolge geübt wird: in ihrer Uebertragung auf den belgischen Wahlrechtskampf liegt der Beweis, daß sich ihre Erfolgsmöglichkeiten nicht auf das rein wirtschaftliche Gebiet beschränken, sondern daß sie auch im Kampfe um die Eroberung der politischen Macht zu einer bedeutenden Rolle berufen ist.

Es liegt nahe, von Belgien auf Preußen zurückzuschließen. Daß sich freilich nicht eins für alle scheidet, daß eine Methode, die in einem bestimmten Lande und unter bestimmten Umständen Erfolg gehabt hat, deswegen noch nicht in jedem Lande und zu jedem beliebigen Zeitpunkt zum Ziel führen muß, ist eine Binsenwahrheit. Die Wahlrechtskämpfer Preußens, die das belgische Experiment mit brennendem Interesse verfolgten, brauchen aus ihm nicht von heute auf morgen ihre Lehre zu ziehen: ohne Rückwirkung auf Preußen können die belgischen Vorgänge ja doch nicht bleiben! Es hat im preussischen Wahlrechtskampfe wunderbare Massenkundgebungen, gewaltige Straßendemonstrationen gegeben, aber was man hier erlebt hat, bleibt gegenüber den Wahlrechtskämpfen, die in Frankreich, England, Oesterreich und jetzt zum drittenmal in Belgien geführt worden sind, doch verhältnismäßig harmlos. Verhören die preussischen Machthaber in ihrem Widerstand gegen den Willen des Volkes, dann sind auch in Preußen schwere Erschütterungen unvermeidlich und je später sie einsetzen, desto heftiger werden sie sein.

Es bedarf also keiner Drohung mit unmittelbarer bevorstehenden Ruhanwendungen, damit die preussische Regierung den belgischen Massenstreik als Warnung empfinde. Ganz Europa demokratisiert sich, und auch das unmöglichste aller Wahlsysteme ist dem Untergang geweiht. Ein verwehender Kadaver, erfüllt es den ganzen Staatskörper mit Keimen der Fäulnis und der Zersetzung. Es ist hundertmal gefährlicher, hundertmal volksfeindlicher, hundertmal aufreizender als das belgische Wahlsystem. Möge die Regierung, möge das Bürgertum dieser Not und Schande ein Ende bereiten helfen, noch ehe der Ruf mit unwiderstehlicher Gewalt die Massen mit sich fortreißt: Wir wollen auch in Preußen einmal belgisch reden!

Die deutsche Zentrumsprelle und mit ihr die schwarzen Gewerkschaftsblätter hehen in gewohnter Weise gegen die belgischen Wahlrechtskämpfer. Aber nun sind diese Pressorgane mächtig blamiert. Die klerikale Regierung in Belgien hat eine mächtige Niederlage erlitten. Die schwarzen Strikfbisage werden sich hoffentlich diese Lektion merken.

# Die Steinindustrie im Großherzogtum Baden.

IV.

Arbeitsbedingungen sind häufig auch in solchen Betrieben nicht annehmlich, die hierzu laut Gewerbeordnung verpflichtet sind. Mit den durchsichtigsten Anzeichen suchen sich die Vorgesetzten oft vom Erfolg einer Arbeitsordnung zu brücken. Ein solches Verhalten, so bedeutet es in vielen Fällen nicht mehr als die formale Erfüllung des Gesetzes. Anhebung der Arbeiter, Ansehen, Auszubildende, Erhaltung in lesbarem Zustand usw., lassen sich alles zu wehnen führen.

Eine Minderzahl wird in den Betrieben der Steinindustrie meist nicht ausbedungen. Die Stabilität des Betriebes hängt von anderen Einflüssen ab und unterliegt zu großen Schwankungen, doch nicht das Bedürfnis nach einer schnellen Lösung des Arbeitsverhältnisses erklärlich wäre.

Arbeitervereine sind in der Steinindustrie fast gar nicht vorhanden. Wenn in einzelnen Betrieben anlässlich von Differenzen Vertreter der Arbeiter vorzuziehen werden, so sind dies meist die von der Organisation bestimmten Lohn- und Schlichtungskommissionen. In kleineren Betrieben besteht bei den nahen persönlichen Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer kein Bedürfnis zur Bildung von besonderen Ausschüssen.

Der gewerkschaftliche Zusammenschluss unterliegt für den Steinarbeiter wesentlich anderen und im allgemeinen schwierigeren Bedingungen als für den Arbeiter in der Stadt und in der Großindustrie. Die Zentralisation der Betriebe, ihre Anlegenheit und die meist geringe Größe führen die Arbeiter nicht in Scharen zusammen. Ihnen fehlen die Treffpunkte der städtischen Arbeiter und die häufige Gelegenheit zur gegenseitigen Aussprache. Der bäuerliche Charakter der ländlichen Steinarbeiter bringt es mit sich, daß der Verdienst mehr vom Standpunkt des Zuschusses und zur Festlegung der Landwirtschaft betrachtet und das Fallen und Steigen der Löhne nicht mit Nervosität verfolgt wird. Das Bildungsbedürfnis dieser Arbeiter ist nicht sehr entwickelt. Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands hat im vorletzten Winter den Versuch gemacht, dem Mangel dadurch abzuhelfen, daß er in einigen nahe beieinanderliegenden Orten, Müllbach, Verdingen, Sternfels und Sulzfeld Kurse einrichtete, in denen in wöchentlichem Unterricht die Arbeiterversicherung, die Gewerbeordnung, die auf das Arbeitsverhältnis bezüglichen Paragraphen des bürgerlichen Gesetzbuches, das Vereinsgesetz und die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung behandelt wurde.

Die Schwankungen im Organisationsstand sind sehr groß. Zum Teil führt diese der Bericht auf den Umstand zurück, daß im Moment von Differenzen manche der Organisation beitreten, die nach Beilegung der Angelegenheit fernbleiben. Zum anderen bildet das ständige Kommen und Gehen der Italiener eine Ursache der Schwankungen. Besonders, wenn diese im Winter heimfahren und längere Zeit wegbleiben. Hieraus sind auch die im Bericht angeführten großen Schwankungen zurückzuführen, in einem Falle von 320 auf 128 und im anderen von 96 auf 9.

Ein fester Zusammenschluss ist unter den Steinarbeitern der Städte festzustellen. Im allgemeinen gehören die gelernten Arbeiter fast vollständig der Organisation an. Im Jahre 1912 verzeichnete der Zentralverband der Steinarbeiter in Baden 1484 Mitglieder, der Christliche Keramik- und Steinarbeiterverband 522 und der Christlich-Demokratische Gewerbeverein 249. Der freie Steinarbeiterverband umfaßt nur Steinarbeiter im engeren Sinne. Weitere Steinarbeiter sind in den Verbänden der Bildhauer, Bauarbeiter, Steinischer usw. organisiert, deren Zahl sich nicht ermitteln läßt. Der Christliche Verband umfaßt alle Steinarbeiter im weiteren Sinne. Der Christlich-Demokratische Gewerbeverein zählt neben Steinarbeitern auch Bauhandwerker unter obige Ziffer.

Die wichtigsten Erwerbsbedingungen bilden die Tarifverträge, die gerade in der Steinindustrie eine besondere Bedeutung haben, weil sie an Stelle der üblichen Willkür geregelte Verhältnisse bringen.

Das Urteil der Arbeitgeber in der Steinindustrie über den Wert der Tarifverträge ist überwiegend günstig, und wo die Organisationen stark sind und ihre Mitglieder fest in der Hand haben, müssen wohl die wenigsten auf solche verzichten. Immer gibt es aber noch Unternehmer, die sich durch Tarifverträge in ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt fühlen und auf die Befestigung solcher drängen, jedoch sind das nur Ausnahmen. Die Entwicklung der Tarifverträge wird in der Steinindustrie voraussichtlich weiter-schreiten, auch ohne daß es dazu bisher geblieben wäre, bis hierher. Die meisten Arbeitgeber haben sich mit dem Vertragsgedanken vertraut gemacht und sehen auch die Vorteile, die ihnen die Tarife bringen können.

Die den Steinarbeiter bedrohenden Gefahren sind zahlreich und mannigfacher Art, nicht nur wegen der Staubgefahr, sondern auch in hervorragendem Maße wegen der Unfallhäufigkeit. Letztere ist besonders bei der Steingewinnung eine große und fordert zur Bewahrung ein hohes Maß von Umsicht, Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt. Daß diese nicht immer vorhanden sind, zeigt die steigende Unfall-ziffer und der Umstand, daß die Sektion II der Steinbruchsberufsgenossenschaft, zu der Baden gehört, die höchste Ziffer in ganz Deutschland aufweist. In Sektion II der Steinbruchsberufsgenossenschaft kamen auf 1000 Vollarbeiter Unfälle:

1899: 10,5, 1895: 15,9, 1900: 15,1, 1905: 17,5, 1910: 19,7.

Nicht zufällig ist der Zusammenhang der Unfallhäufigkeit mit der Betriebsgröße. Im Reichsdurchschnitt kommen auf alle Sektionen der genannten Berufsgenossenschaft auf einen Betrieb 13,1 Arbeiter, in Sektion VIII (Schleifen) 27,5 Arbeiter, in Sektion II (Baden) nur 8,6 Arbeiter. Dabei gehören die kleinsten Betriebe noch zur Bauern- und zur Landwirtschaftsberufsgenossenschaft.

Als eine der Hauptursachen der Unfallhäufigkeit wird das Nachlässige bezeichnet. Der Pächter ist sich, große Aufwendungen für den Betrieb zu machen, wenn nicht sicher ist, ob er den Bruch nach Ablauf der Pacht wiedererhält. Daraus erwachsen viele Unterlassungen, die zu den größten Gefahren für Arbeiter führen können.

In einem besonderen Abschnitt behandelt Dr. Holzmann die gesundheitlichen Schädigungen der Steinarbeiter infolge der Staubeinwirkung. An der Hand von Krankenkassenstatistiken der Orte Kreuzheim im Kreisgebiet, Sternfels und Sulzfeld und Müllbach im Kreisgebiet Ergingen wird die hohe Ziffer an Erkrankungen der Atemorgane bei Sandsteinarbeitern dargestellt. Statistiken aus allen Teilen des Landes beweisen, daß auch in anderen Steinarbeiterberufen die Erkrankungsziffer der Steinarbeiter keine geringe ist.

Dr. Holzmann kommt zu dem Resultat, daß die Gefährdung der Arbeiter dort am so größer ist, wo die Steinindustrie sich schon von Generation zu Generation fortentwickelt hat. In neuen Gebieten der Steinindustrie ist die Gefahr eine so große nicht, doch müssen die kommenden Generationen gefährdet erscheinen, da die Nachkommen disziplinierter werden zur Empfänglichkeit für Lungenerkrankungen. Neben Staubverunreinigungen leiden Steinarbeiter auch stark an Rheumatismus durch häufige Erkältungen und durch übermäßigen Alkoholgenuß.

Unter den Mitteln zur Verhütung der Lungenerkrankungen der Steinarbeiter werden die in der Denkschrift des Steinarbeiterverbandes niedergelegten Forderungen der Arbeiter von Dr. Sommerfeld erwähnt und dabei insbesondere die Staubablangvorrichtungen an Maschinen als unentbehrlich bezeichnet. Die Praxis hat nicht erreicht, daß diese Vorrichtungen gerade an Maschinen mit hohem Staub, wie bei Sandarbeit. Einen großen Wert wird den verschiedenen Anordnungen beim Eintritt in den Beruf und beruflichen Unterweisungen der beschriebenen Arbeiter beigelegt, die in verschiedenen Betrieben auf Grund der Gewerbeordnung schon anzuwenden sind, in denen die Gefahr keinesfalls so schwer und der Schaden kaum so schwer sein dürfte als in der Steinindustrie.

Als ein besonderer behauerlicher Mangel wird das harte Arbeiten der Steinarbeiter bezeichnet, wenn auch anerkannt wird, daß im Laufe der Jahre unentzerrbar eine Besserung eingetreten

ist. Als deren Ursache wird neben der Verkürzung der Arbeitszeit die günstige Wirkung der Belehrung über die Schädlichkeit des Alkohols durch die Arbeiterorganisationen und die Mäßigkeitsbewegung anerkannt. Es werden im Bericht einige Fälle ganz außerordentlich hohen Bierkonsums angeführt. Wir kennen die Fälle und wissen, daß es sich in dem einen Falle um einen Menschen handelt, der als normaler Arbeiter nicht bezeichnet werden kann. Aber gerade in diesem Steinbruch fehlt jede andere Gelegenheit, den Durst anders als mit Bier zu löschen. Vor Jahren stellten wir dort fest, daß der Bier, der gleichzeitig Folter war und noch ist, jede 7. Flasche Bier gratis an die Arbeiter abgab. Seit dem Streik im vorigen Jahre, wo seitens der Arbeitererschaft gefordert wurde, daß das Bier freigegeben werden soll, ist der Bierkonsum auf ein Drittel des früheren Umlages herabgesunken. Es wäre interessant, den verschiedenen Ursachen des hohen Biergenusses in den einzelnen Betrieben nachzuforschen, man würde da die sonderbarsten Einbildungen machen. Auch in der graphischen Darstellung des Bierverbrauches pro Monat und Kopf in verschiedenen Betrieben ist in dem Steinbruch mit dem höchsten Verbrauch pro Kopf der Arbeiter gleichzeitig Flaschenbierhändler gewesen. Der Bericht sagt selbst mit vollem Recht, daß man nicht selten den Eindruck hat, daß die Kantine für Meister oder Polier Hauptbetrieb, der Steinbruch oder die Steinmauerlei Nebenbetrieb sei. Befritten soll dabei nicht werden, daß viele Steinarbeiter auf diesem Gebiete noch stark sind. Die Organisation hat bisher ihr möglichstes getan, um dieses Uebel zu bekämpfen, und wird auch in Zukunft weiter tun, was in ihren Kräften steht.

Den Schlußsätzen des Berichtes können wir uns voll anschließen, wenn wir sie auch gleichzeitig auf Arbeitgeber mit ausdehnen. Wenn sich die kulturellen Bedürfnisse gehoben haben und der auf diesen Gebieten durch Gewohnheit und mangelnde Einsicht verarmte Sinn sich besser entwickelt haben wird, dürfen die Gewerbeaufsichtsdamen hoffen, bei den Mäßigkeitsbewegungen diejenige Unterstützung zu finden, die gerade bei den familiären Wohlfahrtsplätzen nicht entbehrt werden kann. Was bei den Arbeitern der Stadt und den fabrikmäßig geordneten Betrieben möglich war, nämlich die Lebensanpassung nicht allein in materieller, sondern auch in geistiger und ethischer Beziehung zu heben, wird sich auch bei dem ländlichen Arbeiter, der heute der Typus des Steinarbeiters ist, durch Aufklärung und Belehrung und durch wachsendes Verständnis erreichen lassen. Dann werden die unerfreulichen Bilder, die sich beim näheren Eindringen in die Verhältnisse der Steinindustrie stärker als bei anderen Berufsberufen machen, allmählich zurücktreten.

Das vorliegende Werk der badischen Fabrikinspektion kann im allgemeinen nur unsere Anerkennung verdienen. Es wäre zu wünschen, wenn d. s. badische Beispiel auch in anderen Bundesstaaten Nachahmung finden würde und dadurch die Bahn freigemacht würde zur Besserung der Verhältnisse in einem einst blühenden Gewerbe, das ohne merkliches Eingreifen dem Ruin entgegengeht. Öffentlich gehen aber auch die Mahnungen, die aus dem Werke hervorgehen, nicht verloren und werden gehört von allen, die es angeht.

H. B.

## Die Münchner Tarifbewegung beendet.

In dreistündiger Verhandlung gelang es am 22. April vor dem Münchner Einigungsamt dem Vorsitzenden, Gerichtsrat Sartorius, zwischen dem Verband der Steinarbeiter und dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, Gruppe der Steinmetzmeister, eine Einigung zu erzielen. Die in zwei Verhandlungen vom Vorsitzenden gemachten Vermittlungsvorschläge wurden von beiden Parteien jedesmal abgelehnt. Obwohl in der Lohnfrage die Kollegen ihre Forderungen etwas reduzierten, war die Spannung zwischen Forderungen und Angebot noch sehr groß, da Gauleiter Mittelmeier erklärte, daß auf eine Arbeitszeitverkürzung nicht verzichtet werde und andererseits Bergmüller und die Unternehmer weder von einer Lohnerhöhung noch von einer Arbeitszeitverkürzung etwas wissen wollten. Doch hatte sich Herr Bergmüller in der Mittwochsitzung in eine Sackgasse verannt. Da der Verband der Steinarbeiter auch noch mit der Bereinigung der Steinmetzmeister in einem Vertragsverhältnis steht, teilweise mit noch günstigeren Bedingungen, verlangte Bergmüller von den Verbandsvertretern eine Erklärung dahin, daß sie darauf verzichten, mit der andern Unternehmerorganisation abzuschließen. Darauf erwiderte Mittelmeier, dann müsse der Arbeitgeberverband mindestens das bieten, was die andre Unternehmervereinigung den Arbeitern gegeben habe. Darauf meinte Herr Bergmüller: „Die sollen sich auflösen und dem Arbeitgeberverband beitreten.“ Der Verband der Steinarbeiter hat es abgelehnt, gemeinschaftlich mit den Christlichen zu verhandeln. Da sprang der Unternehmersekretär Bergmüller für das in Frage kommende halbe Duzend „Christen“ sofort in die Bresche und provozierte einen Schiedspruch, der ihm, wie erinnertlich, eine gründliche Abfuhr brachte. Säßen sich aber damals die Verbandsvertreter auf den Standpunkt Bergmüllers gestellt und ebenfalls kategorisch verlangt, der Arbeitgeberverband dürfe mit den „Christen“ nicht ins Vertragsverhältnis treten, diese haben sich auflösen und dem Steinarbeiterverband beitreten, so hätte dies Bergmüller als Terrorismus bezeichnet. Aber Bergmüller wollte die paar Christen unbedingt als Tarifkontrahenten haben, weil diese viel niedrigere Forderungen gestellt hatten! Schließlich scheint ihm doch ein Licht aufgegangen zu sein, was er da angerichtet hatte, denn er verzichtete auf die Abgabe der von ihm verlangten Erklärung. Nach längerer Diskussion über die Forderungen und wiederholten getrennten Beratungen erklärten sich die beiden Parteien bereit, folgenden Vermittlungsvorschlag des Vorsitzenden ihren Versammlungen zur Annahme zu empfehlen: Lohnerhöhung 2 + 2 + 2 Pfg. Die Arbeitszeit wird sofort um eine halbe Stunde, im Jahre 1915 um eine weitere Stunde wöchentlich verkürzt. An den Vorabenden von hohen Festtagen sowie am Karfreitag ist um 3 Uhr Arbeitsruhe und es wird eine Stunde mehr als die geleistete Arbeitszeit bezahlt. Bei Arbeiten außerhalb des Burgfriedens beträgt der Zuschlag 12 Pfg. pro Stunde. Allgemeine Erhöhung des Akkordtarifs um 4 Prozent, für die Schleifer 5 Prozent. Bauarbeiter werden mit 75 Pfg. pro laufenden Meter (bisher 60 Pfg.) bezahlt; die übrigen Bestimmungen des alten Vertrags werden beibehalten.

## Schnaps und Bier an Stelle des verdienten Lohnes.

(Ein Standsbild aus dem bayerischen Steinbruchsgebiet.)

Der Endprozess im Steinbruchsgebiet des Eichelfeldes, der sich im Amtsgerichtsbezirk des Kantonsortes Durlingen am 23. April bis in die Nacht hinein abspielte, bedeutete nicht nur für den Ort der Verhandlung, sondern für das ganze Sandsteinbruchsgebiet der Gegend hinter Pfalzburg eine große Sensation. Denn durch die Bloßstellung all der Missetaten und Willkürthaten, denen die Arbeiterschaft der Steinbrüche neben rein beruflichen Schäden ausgesetzt ist, wurde gezeigt, daß sie ihren Ursprung

in einem System finden, das seine gesundheitsgefährlichen, beengenden Folgen in so reichlichem Maße offen zeigt, daß man sie geradezu vor den Kopf schlägt, wenn man bedenkt, daß solche Zustände in Deutschland herrschen, in dem Lande der Sozialpolitik und der so sehr gekünstelten städtischen, gewerbegeheiligten und sanitären Ordnung. Außer einem nur zu durchsichtig überhängenden Erbsystem gelte der Prozess aber auch den großen Mangel, der — wie in Elbfloßdringen im allgemeinen, so hier im besonderen — beifällig der gewerbepolitischen Inspektion der Steinbrüche herrscht, sowie die Angst und das schlechte Gewissen, das für vor der Öffentlichkeit, vor der Bloßstellung der ganzen Verhältnisse in diesem von Natur so schön und reizvoll angelegten Staate, aber geradezu eine fittens- und menschenverderbende Macht der Steinbruchsunternehmungen ein nicht ungering gefühltes Gewicht in den Niederhaltungsberechnungen gegenüber der Arbeiterschaft ist. Das Unternehmertum weiß hier, was zuberzogen aus: die völlige Abhängigkeit der Arbeiterschaft seinen Profit zu ziehen, in erster Linie insofern, als im Betriebe, die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter zu brechen, sie dem Gebirgen des organisatorischen Zusammenschlusses möglichst zu entziehen, um so die Arbeitszeit sowohl als die Löhne zu seinem Vorteil zu gestalten, von Erfolg gekrönt ist. Die in früheren Jahren vom Steinarbeiterverband und unternehmenen Schritte zur Hebung der Lage der Arbeiter wurden durch Versammlungsverbote, Sozialtreiberer, Maßregelung, Ausperrung der organisierten Arbeiter zu weitestmöglichen Grenzen und Schnaps haben leider in den Köpfen der Arbeiter den Trieb zum Zusammenschluß schnell wieder erstickt, sobald die ihnen drohenden Gefahren der Arbeitslosigkeit vorüber waren.

Einer der beiden Kläger, der Unternehmer Müller, bestritt durch seine gerichtliche Aussage nur zu genau, daß es dem Unternehmer mehr zum Vorteil ankommt, die Organisation fern zu halten.

Zur klaren Illustration des Prozesses lassen wir im Nachstehenden einen kurzen Auszug der Verhandlung, die vom Gerichtsvorsitzenden mit anerkannter Objektivität geleitet wurde, folgen.

### Die Anklage

richtet sich in der Hauptsache gegen die öffentliche Behauptung des Pfarrers Klein, daß die Arbeiter zumieft nicht wissen, welchen Lohn sie am Jahrtag zugut haben; daß die Arbeitgeber weniger Interesse an guten Arbeitern, als an solchen haben, die tagtäglich einen ganz erheblichen Teil ihres verdienten Lohnes in dem von den Arbeitgebern verkauften Flaschenbier umsetzen, daß Arbeiter, die das Flaschenbiergeschäft ihres Meisters nicht in gewöhnlicher Weise überbieten, schlechtere, weniger lohnende Arbeit erhalten, daß in diesem System der Förderung des Alkoholkonsums die Hauptursache dafür liegt, daß so viele Steinarbeiter der bürgerlichen Welt im allerbesten Mannesalter arbeitsunfähig werden und der Arbeitslose am Opfer fallen.

### Der Angeklagte, evangelischer Pfarrer Klein,

eine offene, sympathische Erscheinung, äußert sich zur Anklage dahin, daß er den Artikel in dem idealen Betreiben veröffentlichte, den Einfluß dieser Missetaten, die tatsächlich existieren, vor allem von der Kinderwelt der Steinarbeiter fernzuhalten, die heute im Gegensatz zu den Bauernkindern, unter Schwächlichkeit, Unterernährung, Schwachmütigkeit, Untertun, Unbegabtheit usw. leide. Pfarrer Klein gab dann ein kurzes Bild des Alkoholkonsums in den Steinbruchsgebieten, aus dem ersichtlich war, daß seine unternehmenen Schritte nur zu berechtigt sind, daß er von der Mahnung berechtigter Interessen ausging. Charakteristisch ist die eine Feststellung des Pfarrers, daß sich Arbeiter des Steinbruchs Müller darüber beschwerten, daß ihnen letzterer das Trinken von Wasser mit der Bemerkung abschritt, sie sollen Bier trinken.

### Die Kläger.

Steinbruchsmeister Müller leugnet, die Arbeiter zum Biertrinken angehalten zu haben. Die Zeugen seien alle Sozialdemokraten usw. Die Arbeitslöhne seien von 22, 24, 26, 27 Pfg. pro Stunde im Jahre 1900 auf 34, 36, 40 bis 42 Pfg. gestiegen. Er habe das Bier zu dem Preis, den er bezahlt, abgegeben. Sein Schwager habe das Biergeld eingezogen. Er lebe nicht vom Arbeiterscheiß. Im übrigen stellt der Kläger seinen Betrieb als Eldorado hin.

Steinbruchsmeister Feuerstein sagt aus, daß der Gewerbeaufsichtsdame Maxell gleich nach Erscheinen des Artikels zu ihm gekommen sei und letzter alle 14 Tage komme. Der Beamte der Gewerbeinspektion habe darauf gedrungen, daß er Klage einreichen soll. Ein Arbeiter habe von ihm soviel Vorstoß gehabt, daß er dessen Schuld an einer Militärrente des Verstorbenen in Abzug brachte und dessen Rentenbuch einbehielt. Er habe... bierhandel nur eingeführt, daß „bessere Ordnung“ sei. Verdienst habe er nichts dabei. Die Brauerei gebe ihm täglich 3 Pfg. pro Flasche Bier für Bruchgeld und Kellerrente (2). Wenn die Arbeiter das Bier selbst verschließen, so trinken sie noch mehr. Die Bezahlung des Bieres geschähe durch Aufschreiben und Abzug vom Lohn am Jahrtag. Lohnbüchlein habe er erst auf Betanlassung der Gewerbeinspektion nach Erscheinen der Zeitungsartikel eingeführt. Mit dem Schnaps genutz in seinem Betriebe habe er nicht zu tun.

### Die Zeugenaussagen

von Arbeitern der beiden Unternehmer, die ihren Wohnsitz zum größten Teil in Madweiler haben, sind in den wesentlichen Punkten von seltener Einstimmigkeit. Aus der großen Zahl derselben greifen wir die markantesten heraus.

### Die Trinkabzüge.

Junge Mägel hat bei beiden Unternehmern schon gearbeitet. Bei Müller wurden die Beträge für Bier, die sich pro Jahrtag auf 3,80 Mt. bis 5 Mt. belaufen, durch dessen Schwager eingezogen. Bei Feuerstein darunter gewesen, die noch viel mehr Trinkabzüge hatten, darunter solche,

### Die ihren ganzen Lohn verpfänden hatten.

Bei Müller sei kein Trinkwasser vorhanden gewesen, da habe man Bier trinken müssen. Bei Reklamationen um Wasser habe sich Müller gekümmert, die Leute sollen Bier trinken, er habe keine Zeit zum Wasserholen. Man habe bei Müller früher nie gewußt, weshalb man verpfänden habe. Wenn man diesbezüglich gefragt habe, so habe der Unternehmer geantwortet: „Wir werden schon einig werden.“ — In seiner jetzigen Stelle bei Feuerstein wisse er seinen Lohn, aber erst nach Erscheinen der Zeitungsartikel sei es besser geworden; auch gebe es seitdem kein Flaschenbier mehr. Vor dem Erscheinen des Artikels habe Feuerstein bei der Ausschüttung das Lohnbuch und das Bierbuch nebeneinander gelegt und gesagt: „Soviel hast du für Bier, soviel für Wein usw., bleibt soviel Lohn.“ Zeuge Albert Güler wurden bei Feuerstein 4 bis 6 Mt. für Bier am Jahrtag einbehalten. Es seien Arbeiter mit Beträgen von 7, 8, 9 Mt. darunter gewesen. Auch Zigarren seien verkauft worden. Bei Müller habe Wasser gemangelt. Er habe weder bei Feuerstein noch bei Müller gewußt, wie hoch sein Jahrtag jeweils sei. Auf der Schämenschüssel seien geregelte Verhältnisse. Im übrigen bedien sich besten Angaben mit denen des Vorganges.

Zeuge Gerlach hat bei Müller bis 6 Mt. für Bier pro Jahrtag abgezogen bekommen. Dementselben von ihm haben Bierabzüge von 15 Mt. gehabt. Er hat gehört, daß Müller der Ansicht sei, daß der Arbeiter wenigstens soviel verdienen solle, daß er sein Bierkonto bezahlen kann. Er habe die Wahrnehmung gemacht, daß der, der viel getrunken hat, lohnende Arbeit bekam, damit er besser „herauskam“.

### Der wilde Akkord

Zeuge Jakob Reppert hätte bei Müller gerne Wasser getrunken, aber es war keine da; das Biergeld hätte er besser im Haushalt gebrauchen können. Er habe bei Müller mehr Durst gelitten als beim Mittel. Das Wasser sei 150 Meter vom Arbeitsplatz entfernt und schlecht gewesen. Er sei mit dem Lohn öfters unzufrieden gewesen, weil er mit der geleisteten Arbeit nicht übereinstimmte. Müller habe

### Der wilde Akkord

bei Müller mehr Durst gelitten als beim Mittel. Das Wasser sei 150 Meter vom Arbeitsplatz entfernt und schlecht gewesen. Er sei mit dem Lohn öfters unzufrieden gewesen, weil er mit der geleisteten Arbeit nicht übereinstimmte. Müller habe

## Die Sechsigkeit der Steinarbeiter.

II.

Unter den Granitarbeitern, wir haben die Steinmehrer im Auge, hat sich die Sechsigkeit derselben erst in den letzten zehn Jahren stärker herausgebildet. Die Entstehung der Granitindustrie im Odenwald und Schwarzwald sowie in Beucha-Brandis ist erst jüngeren Datums.

Vor etwa 35 Jahren wußte man in jenen Gebieten von einer Granitindustrie überhaupt noch nichts. Hier und da wurde ein kleiner Steinbruch betrieben, dabei wurden einige Leute beschäftigt, das war der ganze Betrieb. — Im Jahr 1840 bis 1850 konnten Mitte der sechziger Jahre einige Gruben eröffnet werden, Veranlassung gab hierzu, daß einige Festungsbauerweiterungen im Elsaß und Lothringen ausgeführt wurden. Die Unternehmer waren meist Italiener, die die Arbeiter ebenfalls aus ihrer Heimat kommen ließen.

Als im Jahre 1895 in Kappelrod und Umgebung die Werksteinarbeiter zum Kaiser-Friedrich-Denkmal in Koblenz hergestellt wurden, kam ein großer Schwarm Steinmehrer aus den bayrischen Orten Berg, Ebenketten, Finsing, Metten, Neuhausen, Offenberg, Rapsberg, Inertetten, Hausenberg, Bühlberg und Weidling nach dem Schwarzwald. Es ist dieser Auszug aus den vorgenannten Orten mit einer kleinen Völkerverwanderung zu vergleichen. Die Abgewanderten verdienten in der Fremde einen ansehnlichen Lohn und so ist es erklärlich, daß nachdem die Kunde nach Hause kam, daß es die Kollegen gut getroffen hätten, daß sofort einige Dutzend Nachzügler aus den bayrischen Orten abzogen, um in der Fremde ebenfalls leichter den Lebensunterhalt verdienen zu können. Jetzt, nachdem circa 18 Jahre ins Land gegangen sind, sind diese Steinmehrer aus dem Baysischen im „schönen“ Schwarzwald sesshaft geworden. Die Industrie ist auf dem Höhepunkt angelangt und überdies fangen auch die Einheimischen an, das Steinmehrerhandwerk zu erlernen. Der bayrische Steinmehrer war im Schwarzwald früher deshalb so gesucht, weil er mit den Profilarbeiten gut fort kam. Nun sind diese Arbeiten in Obacht sehr selten geworden und fremde Steinmehrer sind nicht mehr nötig. In der Pflastersteinindustrie des Schwarzwaldes beherrscht ebenfalls der Bayer das Feld. Meist sind die Leute aus der Gegend von Bilschhofen und Hausenberg gebürtig. Die Pflastersteinmacher haben aber anscheinend eine angeborene Wanderlust; sie haben viel mit den Zugvögeln gemein.

Für den Odenwald trifft daselbe zu, was wir über den Schwarzwald gesagt haben. Allerdings mit dem nur sehr kleinen Unterschied, daß in den Odenwaldsteinbrüchen der „fränkische“ Steinarbeiter das Feld beherrscht. Wer heute auf einem Werkplatz in Heppenheim, Ritschhausen, Hemsbach, Reichenbach, Walberlenbach, Sonderbach, Birkenau usw. Umfragen über die Landsmannschaft der Steinmehrer und Stöber (Brecher) veranstalten wollte, würde die Wahrnehmung machen, daß die Steinarbeiter aus dem Oberfränkischen einen großen Prozentatz stellen. Man möchte meinen, daß vor 20 Jahren die Kollegen aus Ritschhausen, Boitschmura, Großwöden, Kaiserhammer, Gefrees, Bernsdorf, Spielberg, Sehl, Weihenstadt und Wunsiedel völlig nach dem Odenwald ausgewandert sein müßten. Damals ging in Bayern die Steinindustrie sehr schlecht und die Abwanderung ist somit ganz erklärlich. Wir behaupten nicht zuviel, wenn wir sagen, daß mindestens 50 Prozent der Arbeiter des Fichtelgebirges schon in der Fremde waren. Der Fichtelgebirgs-Steinmehrer und Schleifer hat aber auch zuerst die Schleifereibetriebe in Aiel, Rostod, Greifswald, Wolgast, Lübeck, Meißner, Gera, Jena, Schmalkalden und Eisenach aufzurichten helfen. Jetzt ist auch in dieser Industrie eine gewisse Stabilität zu verzeichnen und fremde Arbeitskräfte werden nicht mehr gebraucht.

Sehr schnell hat sich die Granitindustrie in Beucha (Sachsen) entwickelt. Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß man Steinmehrer und Brecher von auswärts heranziehen mußte, um die Industrie in Schwung bringen zu können. In Beucha ist der niederbayrische und oberfränkische Steinarbeiter etwa zu gleichen Teilen vertreten, aber auch die Einheimischen wenden sich nunmehr der Steinindustrie in steigendem Maße zu. Bemerkenswert ist, daß überall dort, wo man auf fremde Steinarbeiter zurückkommen muß, die

Arbeiter höher sind, als wenn die Unternehmer nur mit einheimischen Arbeitern zu rechnen brauchen. Beweis: im Sandsteingebiet des Buntsandstein, in den Granitgebieten des Odenwaldes, des Schwarzwaldes und in Beucha sind die Löhne im allgemeinen höher, als wie in Orten mit einem eingesehnen Arbeiterstamm. Diese Erscheinung tritt ja überall zutage. Die Löhne im großen Pflastersteingebiet von Würzen und Umgebung sind bedeutend niedriger als wie im nahen Beucha. Aber in Würzen handelt es sich nur um ortsanhängige Leute, die auch keine große Lust verspüren, einmal in die Fremde zu gehen.

Eine Erscheinung sei nur nebenbei erwähnt. Der Granitarbeiter aus der Lausitz und aus den schlesischen Gebieten verläßt nur ungern seine heimatischen Penaten. In den süddeutschen Steinbruchgebieten ist der „Schleifer“ eine Seltenheit. Das mag daher kommen, daß die schlesische Hartsteinindustrie eine große Stabilität aufweist, Arbeiterentlassungen wohl zu den Seltenheiten gehören.

Diese Zeilen sollten zeigen, daß in einigen Gebieten der Steinindustrie die Arbeiterschaft sehr fluktuirt. Allerdings hat sich jetzt herausgestellt, daß dieses Zu- und Abwandern von Brechern, Pflastersteinmachern und Steinmehrer ebenfalls seinen Höhepunkt erreicht hat. Neue Steinbruchgebiete werden kaum erschlossen, und so gehören die großen Massenabwanderungen, wie sie vor 20 Jahren aus den einzelnen Gegenden keine Seltenheit waren, der Vergangenheit an.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Rückkehr des Optimismus an den Börsen.

Das wachsende Vertrauen auf eine friedliche Abwicklung der Balkanfrage hat das Laune noch zu Hoffende verwickelt: seit Mitte April sind die guten Tage für die Börse und das Finanzkapital zurückgekehrt. Die Kurse steigen, der Leihzinsfuß hat sich weit erträglicher gestaltet, die lange vertragen Emissionen sind in Ausbesserung. Man versichert, daß der Frost der jüngsten Zeit hier die Rückkehr einer Wohlthat nicht wird hindern können. Selbst der Generalstreik in Belgien wurde als Motiv zur Belebung der Hausse in Deutschland begrüßt und verworfen. Doch fehlt es an mahnenden Stimmen gleichfalls nicht. Man gibt zwar zu, daß nach Erhebung des großen und schwierigen Ultimoausgleiches der Geldstand weit flüssiger geworden ist, daß das panikartige Zurückweichen und Zurückfordern von Geldern seitens des großen Publikums mehr und mehr aufgehört hat. Das markanteste Anzeichen für diesen Weiterwechsel war die Wiederrückkehr der Diskontierung des Bank von England um 1/2 Prozent, nachdem man seit dem 17. Oktober vorigen Jahres jenseits des Kanals an 5 Prozent festgehalten hatte. Aber andererseits hält die Bank von Frankreich ihren für französische Verhältnisse ungewöhnlich hohen Diskont von 4 Prozent noch aufrecht. Ebenso ist vorläufig kaum daran zu denken, daß die Deutsche Reichsbank ihre 6 Prozent rasch verlassen werde; trotz aller starken Rückflüsse bleibt die Anspannung dieses Instituts eine außerordentliche. Am 15. April hatte die Reichsbank beispielsweise über eine steuerfreie Notenreserve verfügt: von 122,48 Millionen Mark im Vorjahre, von 128,54 Millionen Mark vor zwei Jahren, sie blieb diesmal noch immer mit 68,47 Millionen Mark in der Steuerpflicht.

Manche künstliche Maßnahmen hinter dem vormaligen Johannistertag läßt sich auch nicht ganz verbergen. Vor allem die Banken wollen ihre Lage genug auf dem Halbe behalten und Lebensluster zu möglichst vorteilhaften Kurzen abstoßen; sie leben von einer neuen Emissionsaktivität; sie brauchen eine neue Kursbelebung als Grundlage für dieses eigene Vorgehen, und deshalb haben sie wohl ihr Möglichstes geleistet, dem Optimismus künstlich nachzuhelfen. Doch gleichwohl, die Umkehr nach oben ist zunächst wirklich erreicht unter Vorwande der Montanwerke, für die man sich, neben den allgemeinen Konjunkturmotiven, nach profitablen Rückwirkungen aus der belgischen Produktionssteigerung verspricht. Es hoben sich zwischen Ende März und 21. April beispielsweise: Wagny Bergwerks-Aktien-Gesellschaft von 258,90 auf 269,70, Siemens u. Halske von 211 auf 224, die A. G. G. von 224,20 auf 245,50.

Erleichterter Geldmarkt und neue Emissionen.

Die neuen Emissionen haben unter solchen Voraussetzungen erklärlicherweise nicht lange auf sich warten lassen. Je länger sie zurückgestellt werden mußten und je länger die hoffnungsvolle Periode vielleicht anhalten kann, desto eiliger haben es die Interessenten. Stadtanleihen, Hypothekendarlehen suchen von neuem Unterkommen. Preußen hat noch einen stattlichen Rest von Schatzscheinen aus dem nicht ganz gegliederten Märzanlauf zu vergeben, Baden bietet eine 4prozentige Anleihe von 28 Millionen Mark aus, Hamburg von 30 Millionen, Elsaß-Lothringen von 6 Millionen.

dammes von Johnstown über 4000 Menschen ums Leben. Schlimmlich sei noch Scheckfeld erwähnt. Die Stadt wurde mitten in der Nacht von den Fluten überflutet, in denen über 200 Personen den Tod fanden und 800 Häuser vernichtet wurden.

Die Berechnung von Zalsperren in Stein hat eine außerordentliche Perfection erfahren, so daß jede Sicherheit gegen einen etwaigen Einsturz geboten werden kann. Charakteristisch ist für Amerika, daß gerade dort eine Anzahl folgenschwerer Zerstörungen von Zalsperren, die in Mauerwerk errichtet waren, vorgekommen sind. Ein solches Beispiel war der Einsturz der Puente-Lorre, bei dem 500 000 Kubikmeter Wasser sich binnen einer Stunde über die Stadt Forke ergoß; dabei kamen gegen 700 Menschen um. Die Mauer hatte gleich nach ihrer Erbauung Unstimmigkeiten gezeigt, die aber nicht genügend beachtet worden waren. Auf der Internationalen Bauausstellung in Leipzig wird man Gelegenheit haben, in Modellen, Plänen und Photographien die verschiedenartigen Ausführungen kennen zu lernen, die den modernen Zalsperrenbau kennzeichnen. Ebenso wird man auch dort einen Begriff von der gewissenhaften technischen Durcharbeitung erhalten, die vor derartigen Katastrophen schützen kann. Weitergehende wissenschaftliche Untersuchungen stellen nicht nur die Eigenschaften des zur Verwendung kommenden Materials fest, sondern bestimmen auch die Auswahl des Materials, sowie die Gründungsart. Es handelt sich aber auch um langwierige und eingehende Untersuchungen der geologischen Verhältnisse. Es wird für die weitesten Kreise, auch für den Nichtfachmann, interessant sein, zu sehen, wie man auch das moderne Baumaterial, den Eisenbeton und das Eisen, den Zalsperren nutzbar gemacht hat.

## Die Ausstellung für Friedhofskunst

der im weiten Rahmen der großen Jahrhundert-Ausstellung in Breslau einer der amnützigsten Teile des Parks zugewiesen worden ist, wird, so schreibt man uns, bald vollendet sein. Während des ganzen Winters ist ununterbrochen und drängendem Eifer an der gearbeitet worden, und das Frühjahrsweiter den besten Erwerbungen entspricht, konnten alle die vorgezeichneten Bauarbeiten nicht nur innegehalten, sondern überholt werden.

Oesterreich beansprucht 122,8 Millionen Mark zu 4 1/2 Prozent. Um der hohen Provisionen und Zinsen willen sucht man mit Hochdruck jener die 20 Millionen Mark der brasilianischen Prozentigen Sao Paulo-Goldanleihe unterzubringen, die der Hochhaltung der Kaffeepreise gewidmet ist. In industriellen Obligationen fehlt es auf der Angebotsseite gleichfalls nicht; auf der Liste stehen hier u. a.: Graf Dendel-Donnermarkt-Beuthen, die Säuerer-Gesellschaft, die Allgemeine und die Deutsch-Österreichische Elektrizitätsgesellschaft. Daran reihen sich die eigentlichen Aktienausgaben: Junge Aktien der Hochbahngesellschaft, der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Berlin, der Mittelländischen Gesellschaft Boehler u. Co., Genschow u. Co., Lindes Gasmotoren, der Königsberger Zellstoffabrik und dergl. mehr. Alle Erwartungen der Geldbesitzer scheinen sich hier vorläufig erfüllen zu sollen. So lauden die 30 Millionen Mark Obligationen der großen A. G. G. (auf 5 Jahre mit einem Proz. Zinsfuß ausgefertigt, der sich abdann auf 4 1/2 Proz. ermäßigt) freiwillig so raschen Absatz, daß das Uebernahmeforum eine öffentliche Subskription gar nicht erst zu veranlassen brauchte. Nehmlich waren kurz vorher die ausgelegten 15 Millionen Mark 5prozentigen Obligationen der Deutsch-Österreichischen Elektrizitätsgesellschaft im Sandumdrehen vielfach überzeichnet worden.

Tägliche Produktions- und Verkaufsziffern für März.

Daß die Produktion selbst während der kritischen Börsen- und Geldmarktsperiode ihre eigenen Wege ging, wurde oft genug hervorgehoben. Im Durchschnitt setzt sich diese günstige Bewegung noch immer fort. Einige statistische Ziffern mögen dies zum Schluß belegen. Die Kohlenproduktion für März (in Klammern: für Januar bis März) gibt soeben das Reichsamt des Innern wie folgt an: Steinkohlen 15 413 3 Tonnen gegen nur 12 811 828 Tonnen im Vorjahr (17 558 200 gegen nur 12 021 783 Tonnen), Roß 2 744 850 gegen 2 180 905 Tonnen (7 091 800 gegen 6 742 553 Tonnen). Nach der Statistik des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Roheisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats März 1913 insgesamt 1 628 190 Tonnen gegen 1 492 511 Tonnen im Februar 1913 und 1 446 145 Tonnen im März 1912. Die Erzeugung während der Monate Januar bis 31. März 1913 stellte sich auf 4 730 415 Tonnen gegen 4 168 770 Tonnen in dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres. Deutschlands Ausfuhr betrug im März; der Menge nach 5 717 824 Tonnen gegen 5 307 755 Tonnen im März 1912, dem Werte nach 854,6 Millionen Mark gegen 752,6 Millionen Mark im März 1912 — aber im ganzen ersten Quartal 1913: der Menge nach 18 087 854 gegen 15 816 967 Tonnen im Vorjahre, dem Werte nach 2448,9 gegen 2006,6 Millionen Mark im Vorjahre. Die Güterverkehrsleistungen der Deutschen Eisenbahnen betragen im März 171 845 487 Mt., also gegen den gleichen Vorjahrsmonat 2 512 024 Mt. mehr. Oder auf den Kilometer umgerechnet, ergeben sich 3202 Mt. Frachteinahme; das sind 11 Mt. oder 0,34 Proz. mehr als im März 1912. Beim Personenverkehr ist diese Steigerung noch viel ansehnlicher; der März brachte hier 76 006 892 Mt. Einnahme; 12 041 493 Mt. mehr als im Vorjahre — aber pro Kilometer 231 Mt. gleich 18,88 Proz. mehr als im Vorjahre. Dierbei spielt allerdings ein abnormer Faktor mit, der vielleicht die Güterleistung etwas reduzierte, während er zweifellos den Personenverkehr ausnahmsweise hob: das Osterfest fiel diesmal in den März, im vorigen Jahre dagegen in den April.

Berlin, 28. April 1913.

Max Schippel.

## Die Gelben vor dem Forum der Wissenschaft.

Der bekannte Professor Weber aus Heidelberg hielt am 20. April vor den Berliner Gewerkschaftsfunktionären einen Vortrag über die Gelben, der für die gesamte Arbeiterschaft von so großem Interesse ist, daß die Berliner Gewerkschaftskommission (Gewerkschaftskartell) diesen Vortrag drucken zu lassen. Wir geben hier in aller Kürze die wichtigsten Ausführungen des Herrn Professors Weber wieder.

Er betonte von vornherein, daß er als Außenstehender vom Standpunkt der reinen Wissenschaft an die Unteruchung herantrete und als bürgerlicher Sozialpolitiker ganz unbefleht seine Anschauungen und Urteile vor der ganzen Welt vertrete.

Nachdrücklich muß eine wissenschaftliche Untersuchung über das Wesen der gelben Verbände diese bis in ihre letzten Entstehungsursachen verfolgen. Unbekümmert um das Resultat muß die Wissenschaft alles tun, was Aufklärung über Entstehung, Wesen und Zweck und Bedeutung der Gelben bringen kann. Dazu ist es zunächst erforderlich, drei Fragen zu stellen. Erstens: wo und wann sind die gelben Verbände entstanden? zweitens: wo sind sie entstanden? und drittens: soll man die Frage aufstellen: wie haben sich die freien Organisationen mit ihrem Kampf um die Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Betrieben seit einigen Jahrzehnten entwickelt? Man darf dem Herrn Professor Weber das ehrenvolle Zeugnis ausstellen, daß er seine Untersuchungen mit einer Sachlichkeit durch-

## Zalsperren.

Von Diplom-Ingenieur H. Kauer.

In den letzten Jahrzehnten haben Technik und Industrie außerordentliche Fortschritte gemacht, und es ist erfreulicherweise zu bemerken, daß die praktische Ausnutzung der technischen Erfindungen infolge des wachsenden Verständnisses für die wirtschaftliche Bedeutung der Bauwerke eine immer stärkerere wird. Erst vor 20 Jahren wurde im Gschichtal bei Remscheid die erste Zalsperre errichtet und heute haben die Zalsperren Deutschlands bereits ein Fassungsvermögen von über 188 Millionen Kubikmetern. In den 20 Jahren sind über 30 gewaltige Bauwerke in den verschiedensten Gegenden Deutschlands entstanden. Auf der Internationalen Bauausstellung in Leipzig wird gezeigt werden, was das Land diesen Bauten verdankt. Die Zalsperre stellt sich den überflutenden, zerstörenden Fluten entgegen und wandelt das Ungeheilte des Wassers in Arbeit; sie gibt in trockener Jahreszeit den Feldern das entzehrte Raß und versorgt Städte und Dörfer mit gutem Trinkwasser. Die recht beträchtlichen Baukosten, die oft nur durch den Zusammenschluß mehrerer Gemeindefürsorge aufgebracht werden, werden durch die praktische Ausnutzung der Bauwerke nicht nur in kurzer Zeit wieder eingebracht, sondern es wird noch ein bedeutender Gewinn erzielt. Andererseits rächt sich das Fehlen einer solchen Anlage oft bitter. So betrug z. B. der Schaden, den das Hochwasser eines einzigen Jahres, 1897, im Gebiet des Oberrhein und Rheins in Elsaß anrichtete, mehr als die Baukosten sämtlicher Zalsperren Schlesiens.

Der Zalsperrenbau selbst ist sehr alt, und zwar verwendete man im Anfang einfache Erdwälle, wie sie auch heute noch, allerdings in seltenen Fällen, angewendet und geschützt werden. Diese Bauart, der rechnerisch sehr schwer beizukommen ist, hatte eine Anzahl folgenschwerer Katastrophen aufzuweisen, von denen der Bruch des Damms von Bradfield im Jahre 1860 eine der furchtbarsten war. Der Damm bestand aus einem dichten Tonker, über den Stein- und Erdmassen geschüttet wurden. Das Wasser durchdrang den Damm, erweiterte schnell eine erste kleine Breche, durch die es zu Lal stürzte und furchtbare Zerstörungen anrichtete. Zwanzig Jahre später kamen infolge des Einbruchs des Stau-

Schon ein flüchtiger Ueberblick auf die Gesamtlage läßt erkennen, daß diese Sonderausstellung allen den Aufgaben, die sie sich gestellt hat, herrlich gerecht werden, zweifellos auch von entscheidender Bedeutung für die künftige Ausgestaltung der deutschen Friedhöfe sein und einen mächtigen Anreiz auf alle Gänge der Friedhofbaukunst ausüben wird. Gänzlich fertig ist das Eingangsgebäude nebst seinen Anschließungen. In feierlicher, erhabener Würde, zugleich friedensvoll, leicht und freundlich zeigt es aus dem frischen Grün einer jugendlichen Baumwelt, und das ruhvolle Ambiente seiner Architektur wirkt eigenartig anziehend.

Nach vollendet ist auch das Gebäude, in dessen Räumen ein reicher Schatz von Plänen, Entwürfen und Einzelbildern, von Modellen für die gärtnerische und bildnerische Ausgestaltung und Ausstattung von Friedhöfen sein Unterkommen finden soll. Es ist mit einer prächtigen, würdig geformten Turmrupe geziert. Die gärtnerischen Pflanzungen lassen sich in ihren Hauptzügen bereits klar erkennen. Man sieht, wie die Grabstätten angelegt werden sollen, gewinnt zugleich den Eindruck, daß hier alle die Details verhandelt ist, an der viele der Rechenfelder unserer Friedhöfe unendlich fruchtbar, und gemacht auch, wie für Einzelstellen traidliche Grabstätten geschaffen wurden. Die Friedhofsgartenkunst hat hier offensichtlich ein bedeutendes und muster-gültiges Werk vollbracht; in seiner ganzen herrlichen Schönheit und Trefflichkeit aber wird es sich erst kundtun, wenn der Frühling als Gartnerhelfer seinen Regenbogen darüber spricht. Viele fleißige Hände und kunstfertige Sinne sind jetzt bei der Ausführung der historischen Abteilung tätig. Aus der Provinz und aus allen Gegenden des Reichs sind Grabdenkmäler herbeigekommen, die in ihrer Gesamtheit geeignet sein werden, einen umfassenden Begriff von der Entwicklungsgeschichte der deutschen Friedhofskunst zu liefern. Immer noch wird die historische Gruppe durch neue Einlieferungen bereichert, und sie dürfte durch ihre Einzigartigkeit und ihren hohen geschichtlichen Wert in besonderer Weise wirken. Die Ausfuhr moderner Grabsteine hat begonnen, und die Ausstellungsleitung wird beim Ausbau des neuesten Teiles der Ausstellung durch die Breslauer Steinmetzgewerkschaft, auch durch zahlreich auswärtige Firmen, mit dankenswerter Mithilfe unterstützt.

Werte, die der Wissenschaft würdig ist. Soweit es sich um den Kampf zwischen Arbeit und Kapital, speziell um den Kampf der Kapitalisten gegen die Arbeiter handelt, unterteilt er die große Periode in der deutschen Gewerkschaftsbewegung in drei Perioden bis Ende der achtziger Jahre, bis zum Krieg des Sozialismus, gab es diesen Kampf in Deutschland nur in der marxistischen Theorie, in der Praxis so gut wie gar nicht. In der nächsten Periode, von 1890 bis 1900, haben wir die Zeit der pragmatischen Aufstellung der Gewerkschaften und damit die Ausbildung zu wirklichen Machtsphären in Wirtschaftskörper des Volkes, mit denen das Unternehmen um rechnen lernen mußte. In jener Zeit entstand der Kampf um die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse in der Praxis. Und, was sehr wesentlich ist: die Gewerkschaften hatten in ihrer vorantretenden technisch-organisatorischen Macht eine relative Überlegenheit über die reale wirtschaftliche Macht des Kapitals gewonnen, die sie auch trotz der größten Entwicklung niemals überholen können. Das Kapital war bis dahin in seiner Organisation als Gegenkämpfer der Arbeit hinter den Arbeiterorganisationen zurückgeblieben. Um seine Stellung in Augsburg usw., im Unternehmertum der Zusammenfassung als Gegenorganisation der Arbeit und eben bei diesen Streiks die Gründung von Werksorganisationen der Arbeiter unter Anregung und Mithilfe der Unternehmer. Damit war nicht weniger als das Veranlassen eines Teils der Arbeiter durch die großen Gewerkschaften bezweckt, um diesen Teil als unter allen Umständen strittigere Arbeiterkraft gegen den Kampf der Arbeiter auszuspielen. Um diesen Verrat an den Arbeitern durchzuführen, bedurfte es der Zustimmung: es mußte alles gegeben werden, was die bisherige Organisation der Arbeiter zu bieten imstande war. Das wurde nun auch, wenigstens im Prinzip, mit dem Gelde der Unternehmer erkauft worden. Die Gewerkschaften sind vom Unternehmertum erkauft worden, die ins Garn laufenden Arbeiter haben einen schmerzhaften Unternehmertum ihre gelebten Rechte (Streikrecht) und menschlichen Rechte verkauft und stellen sich dar, man darf wohl sagen, als getrene Diener ihres Herrn.

Die Gelben sind bis heute Werksorganisationen geblieben, obwohl sie sich auf 150 170 000 belaufen mögen. Nun fragt es sich: Können diese gelben Verrätertruppen in der letzten Periode des Kampfes zwischen Arbeit und Kapital und für die Zukunft für die anderen Arbeiterorganisationen gefährlich werden? Können sie nun Versperrungen oder zur Vernichtung der letzteren führen? Die letzteren haben heute mit ihren drei Millionen organisierter Arbeiter etwa zwei Drittel der ganzen Industrie-Arbeiterkraft in sich vereinigt. Um die Gelben im Verhältnis zu den freien Verbänden vorwärts zu bringen, bedurfte es eines gewaltigen Schubs von Korruptionsgeldern: die deutschen Unternehmer schrieben aber heute schon Jetermorbid über die Kapitalistenlasten, die sie konkurrenzunfähig machten. Nur ganz große Verträge und Unternehmungen ließen sich den gelben Verbänden als Zugbrücke, die Millionenengewinne einbrachten und so mit wohlwollender Miene eine Handvoll Zehntausender für die Gelben wegwerfen. Nur ein „Drittelgeld“ löste es den Arbeiter aus seiner selbstverständlichen Interessensvertretung heraus und bilde ihn als Garant für den höheren Bestand der Kapitalisten heran.

Dieses Streben nach Ausschaltung der Schwantung der Kapitalisten ist symptomatisch für den Gang der kapitalistischen Produktion. Die Werksorganisation, überhaupt alles, was geschieht in der kapitalistischen Produktion, sei auf dieses Ziel hin gerichtet. Der Sicherung der Kapitalisten liege die Arbeiterorganisation so lange gegenüber, als diese es in der Hand habe, den Betrieb ganz oder teilweise stillzulegen. Das sei die Grundlage der Macht der Gewerkschaften.

Die Arbeiterorganisationen zu zertrümmern, gebe es zwei Wege. Erstens die gewalttätige Auflösung oder Zertrümmerung, die heute undenkbar sei, dann die langsame Ausschöpfung durch das Anwachsen der gelben Organisationen. Und dieses sei heute schon ein Umding: die organisationslosen Reste der Arbeiterbewegung das Arbeitermaterial beziehen? In dieser scheinbaren Erkenntnis erliche der immer lautere Ruf nach dem Schutz des Arbeiters vor dem Gehege aus. Dieses Verlangen wird dadurch treffend charakterisiert. Das ist ungefähr der historische Gang der gelben Verbände, der ihre unmoralische Beschaffenheit, Wesen und Zweck, bloßlegt.

Nun stellt der Herr Professor die Frage nach der psychischen Ursache der Bewegung von der Arbeiterseite aus. Warum gibt sich der Arbeiter her zum Verrat an seinen Massengenossen? Wir leben in einer Zeit der zunehmenden Bureaucratifizierung der Gesellschaft, in einer Umwandlungszeit dieser. Soweit die Gesellschaft dieses erfordert, sei es zu begründen. Dieser Prozeß spielt sich bis in die Ziele des Arbeiters ab, obwohl er es sich vielleicht gar nicht bewußt werde. Dazu komme das Elend der unbearbeiteten Stellung, des Arbeitsmehrs, der Arbeitslosigkeit, das Risiko der Arbeiterlosigkeit. So sei es verständlich, wenn der Arbeiter schon um der Aussicht auf dauernde Stellung für dazu hergebe. Aber er handelt nichtsweniger töricht: eine dauernde Stellung für den Arbeiter ist heute nichts weniger als der Traum des Zukunftsstaates. Der Kapitalismus könne diesen Traum nie erfüllen, er müßte gegen seine eigenen Lebensbedingungen handeln.

Nun man als Unbeteiligter einen Prozeß, der auf Täuschung und Selbsttäuschung des Arbeiters beruhe, als förderlich für unser kulturelles öffentliches Leben und für den Fortschritt unserer Kultur betrachten? Darauf gibt es nur eine Antwort. Man braucht nicht einmal Demokrat zu sein, nur ein ehrlicher Mensch, dann muß man antworten, der Kultur dient nicht der Mann mit dem „gekrümmten Rücken“.

Soweit der Herr Professor.

Wir können damit zufrieden sein. Vernichtender konnte die Unternehmung nicht ausfallen. Der Vortrag enthielt noch manches Anregende und manches treffende Wort. Wenn er im Druck vorliegt, wird er uns ein neues Kampfmittel gegen die Verräter in der Hand geben.

### Herr Baumgart als Praktikus.

In der Nr. 15 des christlichen „Geram- und Steinmetzers“ macht der Sekretär Baumgart seinem bedrängten Herzen wiederum Gehörig. Ingeran haben es ihm die Versammlungen in Pustan und Geram. Der Vortrag in folgender: Am zweiten Obererkerstag kamen die Führer in Geram in Pustan eine Versammlung einzuberufen, um die vorigen Versammlungen die Ideen der Gewerkschaften einzuführen. Nachdem erst zwei oder drei eine Versammlung in Pustan beschlossen hätte, wollte man diesmal unbedingt etwas erreichen. Das Meinbar war jedoch wiederum gleich Null. Nach einer kurzen Annahme wurde gemacht. Der Effekt war mit einem Maligen doch auf den freien Steinmetz in Pustan. Die Versammlung wurde beendet. Dies hat aber die thätigen Beteiligten arg verärgert, denn neben der Niederlage von Pustan, Geram usw. kam auch noch die von Pustan. In dieser Versammlung waren außer mit fast nur Organisierte von uns anwesend. Nachher wurde es nun, wenn es in dem Artikel heißt: „Könnte Baumgart nicht das Thema: Die Lage der Gewerkschaften in der Praxis und ihre Interessensvertretung.“ Dieser Vortrag hat es nicht verstanden, was sich der Sekretär des Artikels über die Sache zu denken hat. Sie helfen uns nicht, daß uns in der Praxis von einer Schilderung der Position der Gewerkschaften und ihrer Interessensvertretung wenig oder gar nichts bekannt ist. Hier hat der Herr Baumgart nicht als Praktikus in der Steinmetzerei, Herr Baumgart hat es bisher vom Steinmetzstand aus die Gewerkschaften gesehen, das es in einzelnen Werten fertig ist, die Lage der Gewerkschaften und die Verhältnisse in der Gewerkschaft zu schildern zu können. Die heutige Gewerkschaft ist ein Produkt der Gewerkschaften und Organisierte um die Gewerkschaften in der Praxis. Die Gewerkschaften sind jedoch in nachfolgenden zur Sprache. Ein Kollege ganz ihm in der Versammlung

einige Sätze zwecks Berechnung nach dem Lauffter Anstretens vorgelegt. Aber o weh, das hatte gefehlt. Der tapfere Held, der den Tarif vorher so eingehend kennen wollte und sich bereitwillig für die Kritik daran zu öffnen, versagte vollständig. Vorbei war es mit den Kenntnissen in der Steinindustrie. Verlegen stammelte er, daß ihm dieses nicht interessiere und daß man von ihm dieses nicht verlangen könne. Wir wissen es ja längst, daß diese „schwarzen Wälder“ nur weidlich schlingen können; wenn es aber gilt, praktische Arbeit zu leisten, so verlagern die Herrschaften. Diese Stillschaltung war ihm ja doch ein bißchen peinlich. Wenn dieser Mann in die Steinindustrie kommt und von den Steinmetzen über eine technische Frage interpelliert wird, ist er ja sofort geliefert. Baumgart kann ja nicht einmal eine Schablone anhalten, geschweige ein Profil „abstecken“. Ja, ja, Herr Baumgart, wenn nur die technischen Stützen nicht wären! — Auch forderte mich dieser Heudostein-Arbeiter auf, nach Pustan zu kommen, wo sie eine christliche Zählstelle hätten und wo er bereit sei, auch mit mir praktisch zu arbeiten, was ich als gelernter Steinbauer mit dem größten Vergnügen zusagte. Ferner würde mir zur Versammlung volle Redezeit gewährt. Nun heißt es dann weiter in dem Artikel: „Herr Beyer erschien auch zur festgesetzten Zeit mit seinen Getreuen und war nicht zu bewegen, in den Saal zu kommen.“ Mir war erklärt worden, die Versammlung findet um 3 Uhr statt. Demzufolge war ich rechtzeitig erschienen, damit ich auch noch vorher die „Generalprobe“ als Steinbauer ablegen und die „Fachkenntnisse“ des Herrn Baumgart im Steinbruch entgegennehmen konnte. Auf eine Anfrage im Lokal wurde mir gesagt, die Versammlung finde erst um 4 Uhr statt, da erst noch Vorstandssitzung sei. Ich erklärte A., daß wir doch hinaus in den Steinbruch gehen wollten. Herr Baumgart hatte aber jetzt keine Zeit dazu, sich Vorreden auszusprechen. Um 4 Uhr war von einer Versammlung auch noch nichts zu sehen. Auf eine weitere Anfrage wurde mir mitgeteilt, man sei noch nicht so weit und es könne auch 5 Uhr werden. Also schon um zwei Stunden hatte sich die Versammlung verschoben. Etliche Späher erschienen auch im Lokal, um nach uns Umschau zu halten, ob wir noch dort seien. Der Alkoholgenuß machte sich bei verschiedenen der Herren Christen bemerkbar, so daß man auf alles bedacht sein mußte. Endlich um 1/2 6 Uhr, also nachdem wir 2 1/2 Stunden gewartet hatten, schiedten wir uns an, den Heimweg anzutreten, denn wir hatten noch 1 1/2 Stunde bis zur nächsten Wohnstation zu marschieren. Auf die Anfrage an den Wirt, ob man über Nacht bleiben könnte, wurde mir gesagt, für uns hätte man keine Betten. Da erschien dann auch Herr Baumgart und meinte, die Versammlung würde gleich beginnen. Ich lehnte es jetzt ab, und erklärte ihm, daß ich unter diesen Umständen keine Veranstaltung mehr hätte, hier zu bleiben. Sollte die Versammlung zur gegebenen Zeit beginnen können, so hätte ich gern zu Diensten gestanden. Von all diesem schreibt der „schwarze Artikelredakteur“ keine Silbe. Paul Beyer.

### Die Anwendung des § 152 der Gewerbeordnung auf einen Arbeitgeberverband.

Eine wichtige Entscheidung traf das Landgericht Juidau in dem Zivilprozeß eines Bauunternehmers gegen den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Juidau und Umgebung.

Der klägerische Bauunternehmer war als Mitglied des Arbeitgeberverbandes im April 1910 dem Beschlusse dieses Verbandes, die bei ihm beschäftigten organisierten Arbeiter auszusperrn, nicht nachgekommen, weshalb ihm eine Strafe von 100 Mark substituiert wurde. Der Verband wollte sich nun an einem hinterlegten Sparkassenbuch des betreffenden Bauunternehmers schablos halten, da dieser sich weigerte, die Zahlung zu leisten. Daraufhin klagte der Bauunternehmer beim Amtsgericht Juidau eine Klage auf Herausgabe des Sparkassenbuches, die der Verband hartnäckig verweigerte, an, mit dem Hinweis, daß er bereits vor der Aussperrung seinen Austritt aus dem Verbände erklärt habe und seine Bestrafung überdies nach der Bestimmung der Gewerbeordnung unzulässig sei.

Der Arbeitgeberverband bestritt, daß die Abmeldung rechtsgültig gewesen sei und er den Bestimmungen der Gewerbeordnung unterstehe.

Das Amtsgericht Juidau kam auch zu einer Beurteilung des Arbeitgeberverbandes, da der beklagte Verein im vorliegenden Falle gegen den Kläger als eine Vereinigung der im § 152 der Gewerbeordnung bezeichneten Art tätig geworden sei und daher der Kläger insoweit rechtswirksam seinen sofortigen Austritt erklärt habe, so daß also die gegenstandslose Bestrafung eines Nichtmitgliedes vorliege.

Der Arbeitgeberverband beruhigte sich natürlich bei diesem Urteil nicht und rief das Landgericht Juidau als Berufungsinstanz an. Dasselbe verwarf jedoch die eingelegte Berufung unter der Ausführung folgender Entscheidungsgründe:

Nach § 152 der Gewerbeordnung sind Vereinigungen der Gewerbetreibenden zum Zwecke der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Entlassung der Arbeiter, an sich unzulässig. Nach Absatz 2 stellt jedoch jedem Teilnehmer jederzeit der Austritt frei.

Daß der beklagte Verband zu den Vereinigungen der im § 152 der Gewerbeordnung gebildeten Art gehört, kann nicht bezweifelt werden.

In § 2, Ziffer 1 der Satzungen des Beklagten ist als Zweck des beklagten Arbeitgeberverbandes bezeichnet: „Herbeiführung gezieliger Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern; Forderung der Arbeitnehmer auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu prüfen und im Falle ihrer Berechtigung bei den Mitgliedern zur Anerkennung zu bringen; unberechtigte Forderungen aber mit dem ganzen Gewicht der Vereinigung zurückzuweisen, wobei jedoch die einheitliche Regelung der Lohnfrage den im Arbeitgeberverbände vertretenen einzelnen Gewerben überlassen bleibt.“ Nach § 13, Absatz 1 der Satzungen kann die Generalversammlung der Mitglieder bei Ankündigung oder Ausbruch von Arbeitslosigkeit seitens der Arbeitnehmer die teilweise Entlassung der Arbeiter, aber auch eine Schließung sämtlicher Baupläze und Werkstätten seiner Mitglieder innerhalb acht Tagen bis zur Beendigung der Arbeitslosigkeit beschließen. Sämtliche Mitglieder sind verpflichtet, diesen Beschluß unverzüglich zur Ausführung zu bringen zur Vermeidung von Bestrafung (§ 22, Ziffer 5 der Satzungen) oder des Ausschlusses (§ 2, Absatz 3, Ziffer 1 der Satzungen).

Diese Bestimmungen charakterisieren den Verband als einen Schutz- und Kampfbund gegen die Arbeitnehmer im Sinne des § 152 der Gewerbeordnung. Dieser Charakter ergibt sich insbesondere aus § 13, Absatz 1 der Satzungen, durch den die Mitglieder verpflichtet werden, auf den Beschluß der Generalversammlung alle Arbeiter zu entlassen. Der Zweck dieser Bestimmung ist Ausübung eines Druckes auf die Arbeitnehmer, damit sie sich den von den Arbeitgebern gestellten Lohn- und Arbeitsbedingungen fügen oder Forderungen, die sie in dieser Richtung erhoben haben, fallen lassen. Es soll also erreicht werden, daß die Arbeitgeber bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen ihren Willen durchsetzen und damit die ihnen günstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen erlangen (in verallg. RGZ. 50, 23 ff.).

Unstreitig hat der Kläger mit dem Schreiben vom 19. April 1910 dem beklagten Verbände erklärt, daß er unter dem 20. April 1910 austritt. Dazu war er berechtigt. Zwar ist nach § 9 der Satzungen der Austritt aus dem Verbände nur am Schluß des Geschäftsjahres nach vorausgegangenem, dreimonatiger Ankündigung zulässig. Diese Bestimmung ist jedoch ohne rechtliche Wirkung, da nach § 152, Absatz 2 der Gewerbeordnung jedem Teilnehmer der in Absatz 1 genannten Vereinigungen der Austritt freigestellt (vergl. RGZ. 60, 23 ff.). Die Austrittserklärung des Klägers hatte das Ergebnis seiner Mitgliedschaft im vollen Umfange und nicht, wie das Amtsgericht annimmt, nur in einer einzelnen Beziehung zur Folge. Der vom beklagten Verbände in der Sitzung vom 2. April 1910 gefasste, die Bestrafung des Klägers ausstehende Beschluß ist insoweit, da er sich gegen ein dem Verbände nicht mehr angehörendes Mitglied richtete, wirkungslos.

Zu keinem für den Beklagten günstigeren Ergebnisse ist zu gelangen, wenn man die vom Kläger bestrittene spätere Zahlung von Beiträgen als erwiesenen ansetzt und sie dahin auslegen wollte, der Kläger habe damit seine Austrittserklärung zurückgenommen und den Willen bekundet, noch weiter dem beklagten Verbände als Mitglied anzugehören. Aus der Vereinigung finden weder Klage noch Einrede statt (§ 152, Abs. 2 GG.), und es ist deshalb auch nach § 344 BGB. jede Vereinbarung einer Strafe für den Fall der Nichterfüllung der durch den Beitritt zu einer solchen Vereinigung übernommenen Verbindlichkeit unwirksam (RGZ. 50, 30). Es würde also auch dann der Beschluß, wer er auch einem Mitgliede gegenüber gefasst wäre, wirksam sein.

Nach alledem war die Berufung auf Kosten des Beklagten — § 97, Abs. 1 ZPO. — zu gewähren.

Nach dieser Entscheidung, die zwischen rechtsträftig geworden ist, können Unternehmerverbände die Wiedereinholung von Arbeiterausperrnungs- und sonstigen Beschlüssen keine Konventionalstrafe von dem einzelnen Unternehmer mehr einfordern, wenn derselbe zu erkennen gegeben hat, daß er mit dem Beschlusse nicht einverstanden ist, und seinen Austritt erklärt hat.

Das wird den ausperrungslustigen Scharmachern nicht in den Kram passen. Das Gericht konnte hier doch der Gerechtigkeit nicht so offensichtlich ins Gesicht geschlagen und bei den Unternehmerorganisationen dulden, was den Arbeiterorganisationen verboten ist. Denn ebenso wie es den Arbeitern nach § 152 GG. gestattet ist, von der Organisation und deren Beschlüssen jederzeit zurückzutreten, muß dies auch dem Unternehmer gegenüber seiner Organisation erlaubt sein. Die Gesetze sind bei Unternehmern und Arbeitern gleichmäßig anzuwenden, und wenn das Gericht diesen Grundsatze einhält, dann hat es nur nach seiner Pflicht gehandelt.

Diesem Unternehmer aber, welche durch Androhung von Konventionalstrafen zur Einhaltung von Aussperrungsbeschlüssen eines Unternehmerverbandes gezwungen werden sollen, mögen sich dieses Urteils erinnern und danach handeln, dann kann ihnen auch der blödsinnigste Unternehmerverband nichts nützen.

Dieses Urteil ist für die Steinindustriellen ebenfalls von großer Bedeutung. Die vereinigten Kaufleute Steinbruchbesitzer haben auch solche Konventionalstrafen festgesetzt, und die kleinen Unternehmer ließen sich ins Garn locken. Wer aber der Vereinigung seinen Austritt angezeigt, kann absolut zur Zahlung einer Strafe nicht herangezogen werden.

### Die zentralen Verhandlungen im Baugewerbe.

Bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen am 22. April im Reichstagsgebäude in Berlin fand zunächst eine Auseinandersetzung der Parteien über die von den Unternehmern verlangte Weiterführung des Vertrags statt. Begründet wurde das Verlangen damit, daß in weiteren Gebieten eine Verständigung erzielt worden wäre, wenn nicht von den Arbeitern eine Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden vielfach gestellt wäre, was nach der früheren Erklärung der Unparteiischen zu dem Vertragsmuster unzulässig sei. Durch diese Forderung seien die Unternehmer überhaupt von Angeboten abgehalten worden. Die Unternehmer verlangten eine Erklärung der Unparteiischen, wie ihr Vorschlag über die Arbeitszeit aufzufassen sei. Von den Arbeitervertretern wurde mit Recht hervorgehoben, daß nach ihrer Auffassung der Meinungsstreit über die Erklärung der Unparteiischen zur Arbeitszeitverkürzung gar keine Veranlassung gebe, den Vertrag noch zu verlängern. Es habe sich durch die Verhandlungen gezeigt, daß die Unternehmer in den in Betracht kommenden Bezirken überhaupt keine Angebote machen wollten, denn nachdem man in einzelnen Fällen die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit habe fallen lassen, nur um zu Angeboten zu gelangen, sei dann von den Unternehmern die Erklärung erfolgt, Lohnerhöhung gibt es für die Vertragsdauer bis 1916 nicht. Auch lasse das provozierende Auftreten einiger Unternehmervereine, die mit Entlassungen vorgehen oder Lohnsenkungen ankündigen, wenn die Arbeiter sich nicht gefügig zeigen, eine Verlängerung des Vertrags nicht zu. Schließlich könne man sich auch aus dem Grunde nicht darauf einlassen, weil dadurch die in einer erheblichen Anzahl erfolgten Einigungen in der Luft hängen und die vereinbarten Lohnerhöhungen nicht zur Auszahlung gelangten. Um hierin möglichst Klarheit zu schaffen, gelangten die Unparteiischen zu nachstehender Erklärung, der unter der ausdrücklichen Befundung der Arbeitervertreter über die gegenseitige Auffassung zur Verkürzung der Arbeitszeit von beiden Seiten zugestimmt wurde. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Aus dem Wortlaut des § 2, Nr. 2 des Vertragschemas ergibt sich, daß über eine Herabsetzung der Arbeitszeit ohne Zustimmung der Arbeitgeber nur unter der Voraussetzung verhandelt werden könne, daß zehntägige Arbeitszeit besteht, und zugleich besondere schwierige Verhältnisse vorliegen.

Die örtlichen Vereinbarungen über Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung treten, soweit sie bis zum 1. Mai getroffen sind, am 2. Mai in Kraft, soweit sie nach dem 1. Mai getroffen sind, erhalten die Vereinbarungen über Lohnerhöhungen zu dem gleichen Zeitpunkt rückwirkende Kraft. Die Vereinbarungen über sofortige Arbeitszeitverkürzung sind mit Beginn der der Vereinbarung folgenden ersten Lohnperiode durchzuführen.

Die bisherigen Verträge werden bis auf weiteres verlängert. Beide Parteien haben ihren vollen Einfluß einzuwirken, daß irgendwelche Zwangsmaßnahmen, insbesondere Streiks und Aussperrungen unterbleiben bzw. sofort eingestellt werden.

Die örtlichen Verhandlungen, die zurzeit noch im Gange sind, oder auf den Wunsch beider Parteien vereinbart werden, sind bis längstens den 30. April zu beendigen. Soweit eine Verständigung nicht erzielt wird, finden unter Leitung der Unparteiischen Sonntag, den 27. April, zentrale Verhandlungen in Berlin nach Bezirken statt.

Die Verhandlungen haben damit ihr Ende erreicht. Die Parteien versuchen, noch die gegenseitigen Differenzpunkte festzustellen und am 27. April und den darauffolgenden Tagen findet die Fortsetzung der Verhandlungen statt, in der die Vorschläge über die strittigen Punkte in den einzelnen Bezirken zu erwarten sind. Bis dahin haben die einzelnen Orte noch die Möglichkeit, sich zu einigen, wenn sie wollen. Ueber die letzten Vorschläge, die von den Unparteiischen dann nach dem 27. April gemacht werden, werden dann die Generalversammlungen der Organisationen entscheiden.

### Literarisches.

Petition an den württembergischen Landtag. Die Gauleitung Karlsruhe hat sieben ein zehn Seiten starke Petition an den württembergischen Landtag gerichtet, damit die Arbeitergerichtsbarkeit in den Steinbrüchen eine bessere Durchführung erfahren sollen. Zum Schluß wird verlangt, daß die Regierung den Naturheilmittel der staatlichen Banken wieder mehr berücksichtigen möge.

In freien Stunden. Eine Wochenchrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, A. u. S. Berlin SW. 68. Jede Woche erscheint 1 Heft zum Preise von 10 Pfg. Bestellungen durch alle Buchhandlungen und Kolportage.

einfach erklärt, er könne nicht mehr zahlen. Es sei aber wohl möglich, einen geregelten Akkord einzuführen. Aber Müller habe Akkordzettel ausgegeben, auf denen die Akkordpreisangabe fehle, und erst nachträglich den Preis eingestrichelt. Er wäre gerne aus diesem Betrieb ausgetreten, aber es sei in der ganzen Gegend nirgends besser.

#### Ein Opfer des Alkohols

Ist der über längere Zeit erkrankte Junge Ernst Stummann, der bei beiden Nieren eine Nierensteine erkrankte. Er hat in 14 Tagen 88 Mark verdient, für 60 bis 65 Pf. täglich Bier getrunken, weil Wasser fehlte. Die Ärzte haben bessere Arbeit bekommen. Er habe im Sommer die Mitter Durst gestillt. Feuerstein habe ihm von 30 bis 40 Mark Lohn bis 10 Mark für Bier abgezogen.

#### Das Bier ist oft ausgeteilt worden

durch Jagen. „Freizeit“. Diefers sei morgens 8 Uhr schon Schnaps in diesem Betrieb getrunken worden, und zwar ein Liter Schnaps auf vier Mann, zwei Liter auf sechs bis acht Mann, innerhalb 20 Minuten. Um 9 Uhr sei dann Flaschenbier „ausgeteilt“ worden; Feuerstein habe davon gewußt. Wenn bekam man bei Feuerstein auch, so viel man wollte.

#### Der Zehntag habe ihm oft nicht gelangt

zur Befreiung der Saufschulden, so daß er oft 10 bis 15 Mark Vorschuß auf den nächsten Zehntag nehmen mußte. Feuerstein habe sein (Stummanns) Militäraktenbuch in Pfand genommen, um eine Zehntags von 110 Mark zu bedecken.

#### Auch Coonan, habe Feuerstein Bier ausgegeben.

Er (Zeuge) habe seine Krankheit diesen Zuständen zu verdanken. Die Mutter dieses Zeugen bestätigt, daß ihre Söhne, solange sie in den Steinbrüchen arbeiteten, nicht viel Lohn nach Hause brachten, daß sie infolgedessen viel Zorn und Zwietracht gehabt habe, weil kein Geld ins Haus kam, trotzdem drei Söhne in den Steinbrüchen arbeiteten. Seit ein Sohn an der Eisenbahn arbeite, sei der Friede zu Hause.

#### Eine heftige Kontroverse

zwischen dieser unglücklichen Mutter und dem Steinbruchbesitzer Feuerstein setzte bei dem leidenschaftlichen Vorwurf der Frau, daß Feuerstein ihren Söhnen so viel zu trinken verabreichte, ein.

Eine weitere Anzahl Zeugen aus Arbeiterkreisen bekundeten die marfannten Auslagen ihrer Kollegen teils etwas zurückhaltend, teils übereinstimmend. Der Vorsitzende mußte teilweise recht energisch unter Hinweis auf den Eid ermahnen, mit der Sprache herauszurücken, da Befangenheit und offensichtliche Angst vor Maßregelungen die Leute zurückhalten ließ.

#### Die Kinder der Steinbrucharbeiter.

Der Lehrer Klein von Waldbühn, der 71 Kinder (!) im Alter von 10 bis 14 Jahren in der Klasse hat, hat die Erfahrung gemacht, daß die Kinder der Steinbrucharbeiter in schlechterem körperlichen und geistigen Zustand waren als die der Bauern. Die Ärzte hätten ihm bestätigt, daß die Steinbrucharbeiter, die anfangs geistig gut seien, später nachlassen und allgemein an Unterernährung leiden. Er habe schon selbst empfunden, daß die Männer zu wenig Lohn nach Hause bringen. Es sei ihm aufgefallen, daß Lungenerkrankungen unter den Familien Waldbühns grassieren.

Dr. Schneider, Arzt in Dullingen, äußert sich allgemein über den Zusammenhang zwischen Tuberkulose und Alkoholsucht dahin, daß letzterer die Schwindsucht fördere.

Dem Gendarm Burgen in Dieringen war bekannt, daß Feuerstein dem Geseß zuwider am Sonntag den Arbeitern Abgabe für Bier macht. Er hat diesbezüglich Bericht an Kreisdirektion und Gewerbeinspektion gemacht.

#### Wieweil Bier wird monatlich in den Steinbrüchen verkauft?

Die Verteidigung legt Rechnungen vor, laut welchen im Steinbruch Kaufher

#### in einem Monat für 1070 Mark Bier umgeseht

würde; die Flasche wurde von der Brancerei zu 15 Pf. geliefert. (Verkauft wurde das Bier von Müller und Feuerstein zu 20 Pf.)

#### Die Weisungen

Rechtsanwalt Dr. Weill als Verteidiger des Pfarrers Klein legt als Beweismittel das Stenogramm des Reichstags vom 25. Januar 1913 sowie des Landtags vom 5. März d. J. vor, in welchen Verhandlungen die Verhältnisse in den Sandsteinbrüchen des Eichstals (teils von sozialdemokratischen Mitgliedern. D. Red.) zur Sprache gebracht wurden, sowie die Freie Presse u. a. vor.

#### Widerlage

gegen den Unternehmer Müller erhebt Herr Rechtsanwalt Dr. Weill wegen eines beleidigenden Briefs desselben an Pfarrer Klein direkt, sowie an die Adresse desselben auf dem Umweg über die Redaktion der „Neuen Zeitung“. In letzterem Brief, der eine Erwiderung auf die Artikel Kleins in der „Neuen Zeitung“ sein sollte, aber keine Aufnahme fand, nachdem Pfarrer Klein zur Rückäußerung Kenntnis genommen, wird legerem die Wahrschäftigkeit abgeprochen, Verleumdung und Größwahn vorgeworfen u. a. m.

Justizrat Barthel als Vertreter der Kläger beantragt wegen der Widerlage Kompensation, wegen der Beleidigung durch den Pfarrer angemessene Strafe. Er hält das sofortige Exekutieren an die Presse nicht als den zutreffenden Weg, bestätigt aber, daß der Arbeitgeber, der seine Arbeiter in der geschädigten Weise ausbeutet, ein Mensch sei, der keine Achtung verdient und geüßlich bestraft gehört. Die Zeugen hätten aber „alle Kamellen“ vorgebracht. Er treue sich, daß auch die Arbeiter des sozialdemokratischen Steinbrücherverbands der Wahrheit die Ehre gegeben haben bei Abgabe ihres Zeugnisses. (Ist das nicht denn der Herr Rechtsanwalt organisierte Arbeiter bisher? D. Red.) In dem schweren Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern sollte nicht so schwer, vor allem nicht durch die Presse, eingegriffen werden. Auf dieser Anklagebeweise bewegte sich dieser Rechtsvertreter, der zum Schluß einen Vergleich vorschlug.

Rechtsanwalt Dr. Weill hatte demgegenüber keinen schweren Stand. Der ganze Prozeß habe gezeigt, daß Werte sittlicher Art in Frage stehen. Er hebt die rein ideellen Motive der Artikel des Pfarrers Klein hervor, dem die Sachkenntnis nicht abzusprechen sei. Als Beweismittel berief sich der Verteidiger neben den schon angeführten Stenogrammen auf einen Artikel in der „Freien Presse“, sowie auf ein Werk Dr. Jacobs. Er sucht die Haltlosigkeit der Klage nachzuweisen, erinnerte die Privatkläger an das Sprichwort, daß man keinen hinter dem Dien sucht, wenn man nicht selbst dahinter sieht, schloß sich auf die Sache die Zeugen erwiesenen Tatsachen, kritisierte das Verlangen der Gewerbeinspektion, wies auf die zweiwöchigen Verzögerungen gegen die Gehebe der G.-D. durch den Bierverkauf hin, demgegenüber den Arbeitern das Recht zustehe, laut § 116 G.-D. alle abgezogenen Beiträge zurückzuverlangen. Dann hob er die Gruppen: Wilder Akkord, Alkoholsucht, Flaschenbierhandel in scharfer Zeichnung heraus, zeigte die verheerenden Wirkungen dieses Systems. Nach einer Replik und Duplik der beiden Rechtsanwälte, in der die Position der Unternehmer recht schwach abhimmelt, beschloß das Gericht Vertagung der Urteilsverfändigung bis zum 29. April.

## Korrespondenzen.

Berlin. Die Steinmehrer der Grabsteinbranche hielten am 16. April eine Versammlung ab, in welcher Bandler ein vortreffliches Bild der allgemeinen Verfassung gab. Daran anschließend entspann sich eine lebhafte Diskussion, welche sich in der Hauptsache um die unbefriedigenden Erfolge auf tariflichem Gebiet drehte und die maßgebendsten Vorschläge zur Besserung der Verhältnisse zur Folge hatte. — Neben der organisatorischen Arbeit im Beruf selbst mußte das laufende Publikum aufgeführt werden über den Unterschied von Natursteinprodukten und ihren künstlichen Ersatzmitteln. So wird z. B. statt des ruhig wirkenden tiefwarzen Dornalber oder schwedischen Granits Schwarzglas von schwarzem Glanz empfohlen. Die Friedhöfe gleichen mit ihren Reihengrabern wahrer Glaspflanzenlagen. An Stelle einer gediegene handgezeichneten Schrift wird solche vom Sandstrahl-

gebläse (Schriftstellermaschine) erzeugte fälschlich als die „dane-hastere“ angepriesen. Sockel, Postamente, Baumstämme, Konsolen, Grabinschriften usw. werden aus Beton gestampft und als Stein, „Kunststein“ oder „Kunstgranit“ in den Handel gebracht, obwohl sie nicht den geringsten künstlerischen Anspruch machen können, und auf Nachteile geradezu abstoßend wirken. — In der „Friedhofskunst“ ist eben auch die Kunst verheuzt und an ihre Stelle die nackte Profitgier getreten. Die Grabsteingewerbetreibenden sind nicht mehr die so berühmten Steinmetzmeister von Ebern, sondern nur noch — Händler um jeden Preis. Diesen widrigen Verhältnissen gegenüber haben die Steinmehrer einen schweren Stand, ihre in besseren Berufsverhältnissen geschaffenen Lohn- und Arbeitsbedingungen aufrechtzuerhalten bzw. sie den inzwischeneingetretenen Feuerungsverhältnissen entsprechend zu verbessern. Das hält sie natürlich nicht ab, energisch für die Hebung ihres Berufs einzutreten, was die nachstehend, mit großer Majorität angenommene Resolution bezeugt:

Die Steinmehrer der Grabsteinbranche Groß-Berlins halten fest an den für diese Branche vorgesehenen Tarifbestimmungen. Sie beantragen die Verbandsleitung, geeignete Schritte zur Durchführung des Tarifs in denjenigen Geschäften zu unternehmen, welche sich der Einhaltung desselben bisher entzogen haben. Sämtliche Mitglieder werden verpflichtet, die Maßnahmen des Verbandes zu unterstützen, widrigenfalls das Ausschlußverfahren gegen sie eröffnet wird.

In den nächsten Tagen treffen eine Anzahl von „Sperren“ zu erwarten sein.

Brandschüttelhalten: Am 19. April fand im Gasthaus zur neuen Schenke die erste Versammlung zur Gründung der Zahlstelle und mit der darauffolgenden Wahl statt. Gewählt wurden: Kleins Petermann, 1. Vorsitzender, Joseph Döhlmer, 2. Vorsitzender, Emil Geisler, Kassierer, Alois Rod, Schriftführer, Valentin Kollmann und Sebastian Hod als Revisoren. Kollege Petermann dankte den Kollegen für das Vertrauen, das sie ihm geschenkt haben. Im Verlaufe der Versammlung wurde beschlossen, für die Marke 5 Pf. Sozialzuschlag zu erheben, was auch einstimmig angenommen wurde. Mit der Auforderung an die Kollegen, sich in der Zukunft an dem Verband festzuhalten, schloß Kollege Petermann die äußerst interessante verlaufene Versammlung. Wir wollen alles aufbieten, um die Zahlstelle hochbringen zu können. Hoffentlich sind die Kollegen weiter einig.

Eßen. Eine gut besuchte Versammlung der Steinarbeiter tagte am 18. April. In der vorigen Versammlung wurde der Vorsitzende beauftragt, ein Schreiben an die Unternehmer zu richten, worin angefragt wurde, ob sie bereit wären, mit uns in Verhandlungen einzutreten. Da nun keine Antwort erfolgt ist, beauftragte eine außerordentliche Versammlung eine Kommission, bestehend aus dem Vorsitzenden und einem Kommissionsmitglied, bei den Unternehmern vorstellig zu werden. Die Kommission erstattete in dieser Versammlung Bericht, daß ein Verhandlungstermin von Seiten der Unternehmer bei dem Beigeordneten der Stadt Eßen, Herrn Rath, beantragt sei. Dann gab der Kassierer den Kassenbericht. Wir hatten eine Einnahme von 1895.76 Mark und eine Ausgabe von 258.40 Mark; bleibt also ein Bestand von 1137.36 Mark. Der Bestand der früheren Arbeiterkassette beträgt 657.00 Mark. Die Kasse wurde von den Revisoren revidiert und alles in bester Ordnung befunden, worauf die Versammlung dem Kassierer Denzarge erteilte. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende nochmals die Kollegen, fest und treu zusammenzustehen, damit wir auch diesmal unsere Lohnbewegung mit Erfolg beenden können. Die Versammlung nahm einen schönen, harmonischen Verlauf. Die brieflichen Sendungen sind bis auf weiteres an den Kollegen Franz Birst, Gerswindastraße 49, zu richten.

Hof (Oberpfalz). Bei der Birma Bruchner u. Egerer scheint es zur Hauptbeschäftigung der beiden Betriebsleiter Rüblein und Rübtschke zu gehören, den Tarif zu durchbrechen bzw. zu umgehen. Vor Inkrafttreten des jetzigen Tarifs hieß es immer, der alte Tarif sei zu unklar gefaßt, verschiedenes müsse im neuen Tarif besser formuliert werden. Nun sagen sämtliche Unternehmer und die Betriebskommission fast übereinstimmend und haben den alten Tarif vollständig umgemodelt. Trotzdem kommt es vor, daß Herr Rübtschke Arbeitszettel hinausgibt, auf denen die Detalgebühren so genau angegeben ist, daß man auf den ersten Blick eine Abbedeckung erkennt; aber Rübtschke will den Leuten Karlegen, es wären Vorsteine. Das ganze Manöver dreht sich bei diesem Herrn nur um den Preis. Die Vorsteine kosten pro laufender Meter 2.00 Mark, und bei den oben genannten Abbedeckungen kommt der laufende Meter auf 4.04 Mark. Herr Rübtschke zahlt jedoch aus Gutherzigkeit noch 5 Pf. drauf, allerdings nicht auf die 4.04 Mark, sondern auf die Vorsteinepreise, und zahlt demnach für den laufenden Meter Abbedeckungen 2.95 Mark. Wir fragen nun Herrn Rübtschke, wie er dazu kommt, wenn fragliche Abdeckungen wirklich Vorsteine wären, hier noch 65 Pf. pro laufendem Meter zuzulegen? Das Ungeheuer ist doch sonst nicht seine Gewohnheit. Auch in vielen anderen Beziehungen spielt dieser Herr Peter Rübtschke noch den Schlänen. Kommen z. B. abgegrägte Stufen vor, dann läßt er die Stufen fertigstellen bis auf die Abgrägung. Die Abgrägung, an der die Steinmehrer etwas verdienen könnten, läßt er dann im Zogeloh vornehmen. Solche Tricksereien könnten hier noch eine Menge angeführt werden. So etwas kann wohl vorkommen, aber fair gehandelt ist das nicht. Nun zur Recheite der Medaille. Herr Rübtschke hat, wie alle guten Menschen, nun auch einige gute Freunde im Betriebe. Es arbeiten im Betriebe Bruchner u. Egerer ein paar Brüder namens Witt als Brecher. Diese beiden sind nun mal seine Lieblinge. Die beiden kommen oft zu spät zur Arbeit. Auch ist es schon vorgekommen, daß der eine der beiden halbe Tage mit Holz- und Strennfahren zubrachte, während in dieser Zeit der andere Holzstöcke ausgrub. Diese Arbeit soll, wie gemunkelt wird, im Stundenlohn (pro Stunde 48 Pf.) auf Rechnung der Birma ausgeführt worden sein. Wir wären froh, wenn sich dieses Gerücht nicht bewahrheiten würde. Auch wird verschiedenes über die „Bittführer“ gesprochen, welche sich R. zum Wohnhausbau leisten ließ. Hier sollte Herr Egerer einmal mit einer Stinkbombe hineinplatzen, sonst könnte es wieder vorkommen, daß bei den Tarifverhandlungen Herr Egerer wieder über zu hohe Materialpreise klagen möchte.

Gamburg II. Die Lohnbewegung ist hier zum Abschluß gekommen. Zur Orientierung diene folgendes: Am Montag, 14. April, hat die Versammlung der Markarbeitnehmer beschloßen, einem Vertrage zuzustimmen, der bis 31. März 1916 läuft und in dem die Unternehmer eine Lohnerhöhung von 5 Pf. bis 31. März 1915 sowie eine weitere Lohnerhöhung von 2 Pf. ab 1. April 1915 zugesichert haben. Die Verhandlungen hierzu hier sehr spät ein und wurden dann in recht rascher Folge geführt. Der Vertrag hat rückwirkende Kraft auf den 1. April. Die Kollegen können mit diesem Erfolg in Betracht der gespanntesten Situation in der Baubranche sehr wohl zufrieden sein. Die Organisationsverhältnisse der Markarbeitnehmer müssen hier sehr gute genannt werden. Die Kollegen haben mit großem Interesse die Lohnbewegung verfolgt.

Hodenau (Kreis Goldberg). Am 16. April fand hier eine öffentliche Steinmehrer-Versammlung statt, zu welcher auch eine Anzahl Brecher erschienen waren. Der Gauleiter, welcher leider am Erkrankung verhindert war, sollte einen agitatorischen Vortrag halten. Kollege Braun, unterstützt von einigen Kollegen, führte den Brechern den Nutzen der Organisation recht klar vor Augen und er suchte sie, endlich dem Verband beizutreten, da doch nur durch Zusammenschluß eine bessere Lebenslage zu erreichen ist. Der Erfolg war, daß 14 Brecher in den Verband eintraten. Nachdem fand eine Aussprache über die „Volkshilfe“ statt. Wenn wir auch mit dem Erfolg zufrieden sein können, so liegt noch lange kein Grund vor, die Hände in den Schoß zu legen. Es heißt jetzt, das Gewerbetreibende festzuhalten, und dazu muß jeder einzelne helfen, damit wir die noch fernstehenden dem Verbande zuführen. Auch müssen die neuangeworbenen Mitglieder in jeder Beziehung unterstützt werden. Also auf zu neuer Mitarbeit.

Reffelbach (Oberhessen). Am 1. Mai lief der im vorigen Jahre gefälligte Tarifvertrag ab. Den zwei in Betracht kommenden

Betriebsleitern wurden die Wünsche zum neuen Arbeitsvertrag übermittelte. Auf Wunsch der Lohnkommission sollte mit den Arbeitgebern eine Sitzung zwecks Aussprache am 24. April stattfinden. Die Lohnkommission und der Gauleiter waren zur Stelle, von den Arbeitgebern erschien keiner. Dem Gauleiter wurde mitgeteilt, daß Herr Schmiebeck bis zum 6. Mai seinerseits Abänderungsvorschläge einreichen wolle. Von Herrn Groß lag keine Willensäußerung vor. Damit nun die Kollegen sich über die weiter zu unternehmenden Maßnahmen aussprechen konnten, fand am 25. April in Loidorf eine sehr starkbesuchte Versammlung der Kollegen statt. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Großhaus in der üblichen Weise gelehrt. Herrmann gab den Kollegen eine klare Übersicht über den bisherigen Verlauf der Lohnbewegung, er forderte die Kollegen auf, sich in der Debatte über die weiter zu unternehmenden Schritte anzuschließen. In ausgiebiger Weise erfolgte die Debatte. Allgemein kam zum Ausdruck, daß eine sogenannte Verschleppungspolitik der Unternehmer zu vermeiden sei. Die jährlich verlaufene Diskussion zeitigte folgendes Ergebnis. Der Gauleiter wurde beauftragt, an die beiden Arbeitgeber ein Schreiben zu richten, worin sie ersucht werden, an den Vorsitzenden etwaige Abänderungsvorschläge baldmöglichst gelangen zu lassen. Im Schlußwort ermahnte der Gauleiter die Kollegen, treu und einig zusammenzustehen, damit ein neuer Tarifabschluß ermöglicht wird.

Kirchhausen (Odenwald). Am 18. April fand im Gasthaus bei Adam Winter in Heppenheim unsere Quartalsversammlung statt. Der Kassierer verlas die Abrechnung, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Die Einnahmen betragen 1181.27 Mark, die Ausgaben 714.17 Mark; bleibt ein Kassenbestand von 467.10 Mark. Auch verlas der Kassierer die Kollegen, welche länger wie 6 Wochen mit den Beiträgen im Rückstande sind. Der 2. Punkt betraf die Geldpflicht. Eine dementsprechende Resolution an den Reichskassierer wurde einstimmig angenommen. Im 3. Punkt wurde die Maßregelung unseres Vorsitzenden scharf kritisiert. Wir können uns dies unter keinen Umständen gefallen lassen. Es stellte sich heraus, daß der Postler Johann Franke dabei eine schädliche Rolle gespielt hat. Mit dem Einhalten der Bundesratsverordnung ist es hier sehr schlimm bestellt. Es ist höchste Zeit, dieses Uebel zu beseitigen.

Magen (Rheinland). Hier lag am 20. April eine gutbesuchte Mitgliederversammlung, um Stellung zu nehmen zu den bisher mit den Unternehmern gepflogenen Verhandlungen. Der Vorsitzende, Kollege Braun, gab den Bericht der Tarifkommission und erläuterte den Kollegen in eingehender Weise den jetzigen Stand der Lohnbewegung. Die Unternehmer wollen sich annehmen auf ihre alte Taktik verlassen und den Abschluß eines neuen Tarifvertrags bis in den Sommer hinein verzögern. Eine Einigung war bis jetzt noch nicht zu Stande gekommen. Auch das von den drei an der Lohnbewegung beteiligten Arbeiterorganisationen als Einigungsamt angerufene Gewerbegericht hat versagt. In der nun einsetzenden, sehr lebhaften Debatte, wurde scharfster Protest gegen die Verschleppungspolitik der Unternehmer erhoben und die Lohnkommission beauftragt, in energischer Weise dahinzuwirken, daß einmal Klarheit darüber geschaffen würde, ob die Unternehmer die aufgestellten Hauptforderungen bewilligen wollen oder nicht. — Im Verlaufe der Versammlung wurde beabsichtigt, die hiesigen Knappheitsärzte, welche es ansehnlich nicht für nötig halten, die Kollegen, welche auf Kosten der Knappheitskasse zu behandeln sind, als vollwertig anzusehen. Ein besonders krasser Fall war hier zu verzeichnen, wo ein Kollege, welcher lungenkrank ist und sich jetzt in einer Lungenheilstätte befindet, als Stulant usw. betitelt wurde. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, mit aller Kraft in der Agitation mitzuwirken.

Reichenbach im Odenwald. Am 18. April fand bei Gastwirt Wilhelm Trodt unsere Monatsversammlung statt, welche der wichtigen Tagesordnung halber hätte besser besucht sein dürfen. Der Kassierer, Kollege Bernhardt, gab zunächst die Abrechnung vom 1. Quartal bekannt. Hieraus war zu ersehen, daß die Kasse bei einer Einnahme von 801.82 Mark und einer Ausgabe von 286.50 Mark mit einem Kassenbestand von 515.32 Mark abschließt. Mit dem Hinweis der Revisoren, daß die Kasse mit den Büchern und Belegen verglichen worden sei und es keinerlei Anlaß zu Beanstandungen gegeben hätte, wurde dem Kassierer auf Antrag Entlastung erteilt. Nun wurde zu Punkt 2, Wie erhöhen wir unsere Mitgliederzahl, Stellung genommen. Allgemein waren die Kollegen der Ansicht, daß auch bei uns die Organisationsverhältnisse durch eine durchbringende gut vorbereitete Agitation verbessert werden müsse. Hat doch die Zahlstelle vor einigen Jahren als festes Bollwerk dagestanden. Es wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, daß in den nächsten Wochen in dem Schürberger Tal einige öffentliche Steinmehrer-Versammlungen arrangiert werden sollen. Alle Vorarbeiten zu den Versammlungen sollen von der Ortsverwaltung erledigt werden. Nun, Kollegen, tue ein jeder seine Pflicht. Wir müssen hier wieder unsere alte Stärke erlangen, und wenn die Kollegen einig sind, dann geht es auch. Die Granitarbeiter haben eine schwere Arbeit zu leisten, und da ist es nötig, daß auskömmliche Löhne bezahlt werden.

Rohrloch (Hiesengebirge). Am 20. April tagte hier unsere Monatsversammlung. Nach Verlesen des Protokolls erhielt der Kassierer das Wort zum Quartalsbericht; derselbe wurde verlesen, für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf gab Kollege Gezennagel eine Rede über Zweck und Nutzen des Gewerkschaftscharakters. Als Delegierte wurden die Kollegen Gezennagel und August Albert gewählt. Dann wurde ein Antrag näher begründet, welcher eine Erhöhung des Wochenbeitrags, also Sozialzuschlag, um 5 Pf. forderte. Derselbe wurde mit Majorität angenommen. Unter Punkt Verchiedenes wurde der schlechte Verfallungsbescheid scharf kritisiert. Besonders die Kollegen von der Mälzerhöf, Obergarten und Eißbach glänzten fortwährend durch Abwesenheit. Da ist es doch kein Wunder, wenn die Kollegen so interesselos an der Sache vorübergehen, daß die Herren vom Geschäft nicht das geringste Maß von Respekt den Kollegen gegenüber bewiesen. Also das muß in Zukunft anders werden!

Roßdorf. Am 12. April fand unsere jährliche Monatsversammlung statt. Derselbe war nicht besonders gut besucht; von 128 hierorts organisierten Kollegen waren nur 38 erschienen. Die organisierte Arbeiterchaft Roßdorf hat das schönste und größte Total an Ort, die vor wenigen Jahren neu erbaute Philharmonie, künstlich für einen Preis von 255 000 Mark erworben. Dieses Gebäude steht bisher nur den Bürgerlichen zur Verfügung. Es wurde beschloßen, auf Anregung des Kollegen Lau, künstlich soviel wie möglich die Frauen mit zur Versammlung zu bringen, damit auch sie unsere Organisationsarbeit kennen lernen. Ferner wurde beschloßen, zur nächsten Versammlung einen Referenten zu bestellen, damit auch den Kollegen etwas Lehrreiches geboten wird. Da eine Anzahl Kollegen im Dorfe Roßdorf wohnen, die einen weiten Weg zur Versammlung haben, soll dort alle Vierteljahr eine Informationsversammlung stattfinden. Die Versammlung beschloß, künstlich genau nach dem Statut zu verfahren; wer 8 Wochen rezessiert, wird vorher gemahnt und wenn dieses nicht fruchtet, erfolgt Streichung. Die Kollegen Zimmermann und Müller erklärten dann noch die von den Gewerkschaften und Gewerkschaften demnächst zu errichtende Volksfürsorge. Hoffentlich wird dieselbe recht bald genehmigt.

Ruhmannselden (Niederbayern). Am 13. April tagte hier eine Mitgliederversammlung mit Quartalsabrechnung. Die Versammlung war recht zahlreich besucht. Von den Revisoren wurde alles gründlich geprüft. Dann wurde über die Tarifvorlage debattiert. Zur Konferenz nach Deggendorf wurden bestimmt die Kollegen Peter Singer und Joseph Kapf. Von den Steinmehrer war die Versammlung schlecht besucht worden. Und auch die Steinmehrer hätten es sehr nötig, sich mehr um ihre Interessen zu kümmern. Hoffentlich wird hier bald ein Referat abgehalten; nötig ist es sehr. Die Zahlstelle hat sich sehr günstig entwickelt und es wird unterjenseits alles aufgeboten, um den Tarif unter Dach zu bringen.

